

Volkstimme

Einzelpreis 30 Pf.

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die „Volkstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonntage und Festtage) mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur: Robert Paul, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Bindig, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnr. 1111. Für Inserate 1507, für die Redaktion 1704, für den Verlag u. die Druckerei 961. Postzeitungsliste I. Nachtrag, Seite 17.

Bezugspreise: Vierteljährlich einschließlich Postgebühren 14.00 Mk., monatlich 4.00 Mk. Beim Abholer vom Briefkasten und dem Kassengebühren vierteljährlich 17.10 Mk., monatlich 5.70 Mk. Bei den Buchhändlern vierteljährlich 18.90 Mk., monatlich 6.30 Mk. ohne Postgebühren. Einzelne Nummern 30 Pf. — Anzeigengebühren: die gewöhnliche Romanzeile 1.00 Mk., im Restamt 1.50 Mk., Vereinstatuten 2.00 Mk. Anzeigen-Kontak gibt verloren, wenn nicht binnen 4 Wochen Zahlung erfolgt. — Verlagsort: Nr. 9258 Berlin.

Nr. 73.

Magdeburg, Mittwoch den 30. März 1921.

32. Jahrgang.

Sozialdemokratische Schlafmützen

Die Reaktionen melden sich. Es wäre ein Wunder, wenn sie es nicht täten. Wie kann man solch eine Gelegenheit ungenutzt vorübergehen lassen? Sind die Sozialdemokraten jetzt nicht als unbelehrbare und unverbesserliche Tölpel bloßgestellt? Jetzt, nach dem Kommunistenaufruf in Mitteldeutschland? Tiefen die Sozialdemokraten nicht fortwährend nach Entwaffnung, tobten sie nicht gegen die Orgeß und die Selbstschußverbände des Bürgertums? Und jetzt? Jetzt haben die Eiferer und Helfere die noch recht behalten. Ohne Orgeß die Herrschaft der Diebe der Mörder, Diktatur der politisch aufgepußten Strolcherei. Die Sozialdemokratie ist also rettungslos kompromittiert. Sie ist kein Säug vor dem tollgewordenen Radikalismus. Ihr politischer Einfluß muß also

aus der preussischen Regierung verschwinden.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt:

Jetzt rächt sich der politische Kuhhandel, der es verhindert hat, daß Preußen eine dem Volkswillen vom 20. Februar entsprechende neue Regierung erhielt. Jetzt rächt es sich, daß das alte Regiment, das nie mit der Revolution fertig geworden ist, weil seine Angehörigen selbst 50 Jahre lang auf die Revolution abgestellt waren, daß dieses Regiment durch den Parteiklingel im Anze gehalten wurde. Es rächt sich freilich auch die Abhängigkeit der bürgerlichen Reichsregierung von den Elementen, wie sie jetzt noch in Preußen die Oberhand haben.

Auch die „Tägliche Rundschau“, die sich selbst für unparteiisch hält, aber nur zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen hin und her pendelt, nimmt den getreuen Eckart und rüst:

Wo blieb die Regierung? Die Sebering und Genossen schliessen selbstverständlich. Und noch heute haben wir, obwohl am 20. Februar die Wahlen gewesen sind, keine neue preussische Regierung. Zeigen nicht gerade die Vorgänge in Mitteldeutschland, daß es an der Zeit ist, die Sebering und Genossen zum Tempel der preussischen Ministerien hinauszujagen!

Also fort mit den Sozialdemokraten aus der preussischen Regierung! Der Kommunistenaufruf in Mitteldeutschland soll das Signal werden zu einem allgemeinen Trommelfeuer auf das Bürgertum, um in Preußen

den Bürgerblut endlich herbeizuführen.

Würde dieses jetzt anhebende Kesseltreiben die Reaktion in Preußen zur Macht bringen, es könnte uns nichts Schlimmeres passieren. Es gibt keinen falschern Weg als den von der Rechten empfohlenen. Die Lehren, die aus den Vorgängen in Eisleben, Mansfeld usw. zu ziehen sind, schreiben gerade den umgekehrten Weg vor.

Die Kommunistenputsche zeigen klar und deutlich, wie recht wir taten, als wir vor und nach den Preußentwahlen das Bürgertum immer wieder vor einem Rechtskurs warnten. Gätten wir heute eine stinnesierte preussische Regierung und eine sozialistenreine Regierung auch in Preußen, dann

wäre Deutschland in ein Flammenmeer getaucht.

Nur den „Schlafmützen“ Göring und Sebering ist es zu verdanken, daß der Feuerbrand nicht wie ein Präriebrand um sich gegriffen hat. Nur den „Schlafmützen“ der Sozialdemokratie verdankt es Preußen, daß die blutigen Ostern 1921 keine Bartholomäusnacht aufzuweisen haben. Die „Schlafmützen“, die „Lakaien der Bourgeoisie“ haben Schlimmstes verhütet. Deshalb — fort mit ihnen aus der preussischen Regierung! Gibt es einen größern Irrsinn? Der Hinauswurf der Sozialdemokraten aus der preussischen Regierung wäre in diesen Tagen die

schrecklichste Waffe der Aufrührer

geworden. Es gibt zwar kluge Leute auf der Rechten, die meinen, man würde selbstverständlich dann, wenn keine Sozialdemokraten mehr mitregieren, mit einem „sozialen Kurse“ die Arbeiterschaft gewinnen. Gört man solche Weisheit, möchte man sagen: da steht an! Die Herren von der Rechten können also auch links herum. Warum können sie nicht links herum, wenn die Sozialdemokraten mit dabei sind?

Wie steht es aber in Wirklichkeit? Die Herren können gar nicht links herum, sie wollen auch nicht, sie wollen nur modernere Kulissen aufstellen. Würden sich aber die Arbeiter durch solche Kulissen täuschen lassen? Raum. Was dann? Mit einem Schlage stünden Arbeiterschaft und Bürgertum

mitten im blutigsten Bürgerkrieg.

Wäre es nach dem Wunsche der Rechtsparteien gegangen, ginge es heute nach ihrem Wunsch, an den Kommunistenaufruf schloße sich der Rapp-Butsch Nummer 2. Doch würde sich beugen und seinen Siegesmarsch ins Ruhrgebiet beschleunigen. Die Polen würden nicht säumen und ihr Reich bei der Abstimmung etwas korrigieren. Das alles wäre unvermeidlich. Man kann es sich an den fünf Fingern abzählen.

Das Bürgertum, das seine politische Befreiung nicht in der „Deutschen Tageszeitung“ und der „Täglichen Rundschau“ sucht, wird sich angesichts des Kommunistenaufrufes in der Frage der Regierungsbildung unserer Auffassung nähern. Ohne die Sozialdemokratie kommt Deutschland nicht um den Bürgerkrieg herum. Die

Sozialdemokratie ist die einzige Garantie

dafür, daß die Krankheit in der Arbeiterbewegung schließlich doch überwunden wird. Die Sozialdemokratie allein ist imstande, Deutschland über diese schrecklichen Jahre hinwegzubringen, ohne daß das Land völlig zugrunde gerichtet wird. Mit der Orgeß geht es nicht. Wirklich nicht.

Die blutigen Ostern 1921 haben wieder einmal den Abgrund gezeigt, in den Deutschland hineinstürzen muß, wenn nicht das Steuer nach links herumgeworfen wird. Die Herren von der Rechten empfehlen sich als Retter. Wir verstehen, sie halten sich für schneidige Kerle. Sie tappen in ihrem Eifer sogar in den Widerspruch, daß sie sich als Kommunistentöter anpreisen und zugleich über das „entwaffnete“ Bürgertum jammern. Das ist eine kleine Unvorsichtigkeit. Alle Welt weiß ja, daß

die Orgeß Waffen hat,

mehr als die Kommunisten, die ihren Deuten empfehlen, erst loszugehen und dann nach dem Schießeszen zu suchen. Gerade weil sich die Reaktionen von der Orgeß viel versprechen, bringen sie sich für die Regierungsbildung in Erinnerung. Gewiß, der Rapp-Butsch Nummer 2 wäre blutiger. Ob aber auf die Dauer erfolgreicher? Nein, sicher nicht.

Der Weg nach rechts ist falsch, ist eine Sinnlosigkeit, innerpolitisch und außenpolitisch. Der Weg nach rechts würde die Arbeiterschaft in Deutschland isolieren, zugleich aber Deutschland in der ganzen Welt noch mehr isolieren, als das heute noch der Fall ist. Es ist interessant, daß im Bürgertum die Stimmen sich mehren, die auf die Weltverbannung Deutschlands hinweisen. Simons hat sie in London schmerzlich empfunden. Viele Auslandsdeutsche melden, daß die Lage hier hoffnungslos ist. Nur die Internationale kann die Isolierung brechen. Die Internationale hat schwache Stellen. Gefährlich für sie ist aber nur die bolschewistische Erkrankung. Nur die Sozialdemokratie kann die Arbeiterbewegung heilen. Ist diese wieder gesund, wird auch die Welt gesund und ihre Tore für Deutschland wieder öffnen. —

Uebergreifen auf das Ruhrgebiet.

In Essen ist es am Ostermontag zu blutigen Zwischenfällen zwischen der Schutzpolizei und den Kommunisten gekommen. Die Kommunisten hatten trotz ergangenen Verbots versucht, eine Versammlung unter freiem Himmel abzuhalten. Als die Polizei das verhindern wollte, wurde sie mit Sandgranaten beworfen und beschossen, worauf die Polizei das Feuer erwiderte. Die Polizei verlor zwei Tote und hatte mehrere Verwundete, von den Kommunisten fielen zehn Mann, etwa 20 wurden verwundet.

In Dortmund wurden sechs Kommunisten, darunter ein Mann, der am Tage vorher einen Polizeibeamten erschossen hatte, in Haft genommen.

Die Stadt Mettmann wurde von Kommunisten besetzt. Etwa 300 Mann stürmten die Reichsbank und das Rathaus, besetzten die Post und das Polizeiamt. Am Nachmittag requirierten sie Automobile, um Lebensmittel aus der Nachbarschaft zu beschaffen.

In Eberfeld und andern Orten des Bergischen Landes riefen die Kommunisten den Generalaufstand aus, hatten damit aber keinen Erfolg. Sie entsandten von Mettmann Patrouillen in die umliegenden Orte. Diese Patrouillen gerieten in Kämpfe mit den Polizeimannschaften, die zum Entsatz von Mettmann heranzückten.

Die Bahnhöfe in Eberfeld—Rhin und Eberfeld—Düsseldorf wurden an einer Stelle besetzt und unterbrochen.

Ueber die Regierungsbildung in Münster und Arnberg und über die unbefestigten Teile des Bezirks Düsseldorf wurde der Ausnahmestand verhängt. In Düsseldorf hat die Schutzpolizei von der Entente ihre Waffen zurückgehalten, um die Stadt gegen ausländische Elemente schützen zu können.

In der Provinz Sachsen.

Die polizeiliche Aktion in der Provinz Sachsen steht vor ihrem baldigen Abschluß. Im Mansfelder Becken und im Bezirk Eisleben ist es ruhig. Die Räuberschar sind entflohen und machen entlegene Dörfer unsicher. Das Zentrum der aufständischen Bewegung scheint sich jetzt in Ober- und Unter-Mörlingen und Zeuthenthal zu befinden.

In Witterfeld hat ein kommunistischer Trupp die Ortspolizei entwaffnet, sich vorübergehend in den öffentlichen Gebäuden festgesetzt und die durchfahrendenzüge auf Polizeibeamte kontrahiert.

In Sangerhausen wurden durch eine kommunistische Bande Post und Banken geplündert, das Telegraphenamt gesprengt und in der Nacht ein aus Württemberg herbeigezogener gepanzerter Streckenarbeiterzug aufgehalten. Dabei kam es zu einem Gefecht, in dem es auf beiden Seiten Tote und Verwundete gab. Seit Sonntag morgen ist die Stadt durch Schutzpolizei besetzt. Die Kommunisten hatten sich unterdessen verzogen.

In Halle wurden durch Handgranatenwürfe die Druckmaschinen mehrerer nichtkommunistischer Zeitungen, darunter unsere sozialdemokratische „Volkstimme“, schwer beschädigt. Ein Sprengstoffträger wurde verhaftet und gab an, mit 200 Mark zu einem Anschlag auf das Polizeipräsidium verbunden worden zu sein. Das Betreten der Straßen ist in Halle von 9 bis 4 Uhr nachts verboten. Die Eisenbahnbrücke der Linie Berlin—Halle über die Mulde wurde durch ein Sprengattentat beschädigt; der Verkehr konnte nach mehreren Stunden wieder aufgenommen werden.

Im Reich-Weißensefelder Revier lehnen es die Metallarbeiter ab, zu streiken.

Die Leunawerke, ein kommunistisches Zentrum, sind am Dienstag vormittag von der Schutzpolizei ohne großen Kampf besetzt worden. Damit ist dem Aufstand im Gebiete der Provinz Sachsen das Rückgrat gebrochen.

Es geht jetzt an die Säuberung und Entwaffnung Dorf für Dorf. Die Einzelvorfälle, die sich da und dort noch möglicherweise ereignen können, haben keine Bedeutung mehr.

Der Minister des Innern, die sozialdemokratische „Schlafmütze“ Sebering, und der Reichskommissar, die ebenso große sozialdemokratische „Schlafmütze“ Oberpräsident Hering, haben bei der Niederämpfung und Säuberung beteiligten Schutzpolizei wie ihren Kommandeuren Dank und Anerkennung für ihre Leistungen ausgesprochen. Die Polizeibeamten wissen besser als unsere auf politischen Gewinn spekulierende Reaktion, wer wach und tätig gewesen ist und wer geschlafen hat. Bei ihnen versagen die reaktionären Verleumdungen gegen die beiden Sozialdemokraten nicht.

Die Säuberung von Klostermansfeld.

Nachdem am Freitag Gettebebt erobert worden war, ging am Sonnabend die Aktion gegen Klostermansfeld weiter, da sich inzwischen dort die kämpfenden Kommunisten zusammengezogen hatten. Zwischen beiden Orten gab es einige kleine Zusammenstöße. Nach kurzer Zeit drang eine Patrouille der Schutzpolizei in Klostermansfeld ein, da von dem stellvertretenden Ortsvorsteher Müller auf Anfrage erklärt wurde, daß im Orte keinerlei Gefahr bestehe und die Polizei ruhig einrücken könnte.

Raum war die Patrouille im Ort, erscholl auch schon heftiges Gewehrfeuer aus den Häusern. Die Schutzpolizei erwiderte das Feuer und nahm Hausdurchsuchungen vor, die zur Verhaftung zahlreicher Aufrührer führten. Unter andern wurde auch der Kommunistenführer Hilbenbrand in einem Versteck in der Kirche verhaftet. Die Untersuchung ergab, daß der stellvertretende Ortsvorsteher Müller eine der Hauptpersonen der Bewegung in Klostermansfeld war. Er wurde verhaftet und — nach einer Meldung des „V. Z.“ — bei einem Fluchtversuch erschossen.

Inzwischen hatte sich die Zahl der von den einzelnen Streikkommandos gefangenen genommenen Aufrührer auf ungefähr 25 angeammelt, die in Gewahrsam gebracht wurden. Es waren meistens junge Leute im Alter von 16 und 17 Jahren, aber auch ein Fünfzigjähriger, der im Walde bei der Bedienung eines Maschinengewehrs angetroffen worden war.

Wie's in Selbra ausfiel.

Am ersten Ostertag rühte die Polizei, verstärkt durch einige Melchiorwehrtenteile, von Klostermannsdorf gegen Selbra vor und säuberte den Ort. Neben zahlreichen Flugzetteln beschlagnahmte man größere Mengen Dynamit, Maschinengewehre und Gewehre. Ein schreckliches Bild bot das gesprengte Gut des Majors Spiegelberg am Ende des Dorfes Selbra. Die Gebäude waren am Karfreitag in die Luft gesprengt worden. An drei Stellen zugleich explodierten die Sprengstoffe und veranlaßten das Gut in einen großen Trümmerhaufen. Das gesamte Mobiliar ist vollständig zerstört. Wertvolle Schmucksachen und eine Münzensammlung wurden geraubt.

Ein Geschütz in Stellung.

Unter Selbra sammelten sich dann die ganzen Kräfte, um durch Eisenbahn, das von hannoverscher Schützpolizei besetzt ist, sofort in südlicher Richtung auf Schraplau vorzugehen. In Eisenbahn haben die Aufklärer schreckliche Verwüstungen angerichtet. In der Stadt sind zahlreiche Häuser ausgeraubt worden. Mings um den großen Marktplatz wurden sämtliche Fenster zertrümmert und die Waren geraubt. An dem Marktplatz sind 16 vollständig ausgeraubte Geschäfte, die nun durch Bretter verschlossen sind. Der Platz ist über und über mit Glassplittern bedeckt. Bei dem Kampf um das Eisenerz-Mathaus, das die Kommunisten besetzt hielten, haben die Kommunisten fünf Tote gehabt.

Während des Vormarsches der Schützpolizei ging auf einer Anhöhe gleich hinter Selbra ein Geschütz in Stellung und beschoß die Schäfte und Werke bei Wimmelburg, wo sich die Aufständischen verschanzt hatten. Von dort aus wurde das Feuer mit Maschinengewehren und Gewehren erwidert. Im ganzen wurden aus dem Geschütz acht Schüsse abgegeben. Schon nach den ersten beiden Schüssen klang das Feuer von Seiten der Aufständischen ab und verstummte dann schließlich.

Die Orte Altdorf, Heringsdorf, Wimmelburg, Lütchenborn, Erbsborn, Wischofsroda und Hornburg wurden nach kleinen Zusammenstößen genommen und gesäubert.

Der falsche Hölz.

Am Ostermontag ging es weiter in Richtung Duerfurt, wobei Ober- und Unterhölzungen gesäubert wurden. Bei Unterhölzungen kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der 7. hannoverschen Hundertschaft, Schützpolizei und Rotgardisten, wobei die Hundertschaft einen Toten und einen Verwundeten hatte. Die Hundertschaft Ellenburg ging inzwischen gegen Stetten, Schaffstädt und Wolfersode vor und säuberte diese Orte. Duerfurt, wo am Sonntag die Räteregierung ausgerufen worden war, fiel Montag nachmittags in die Hände der Truppen. „Hölz“, der von Selbra aus nach Duerfurt geschickt sein sollte, ist von dort wieder entkommen.

In der Stadt Duerfurt wurde ein Kampfbericht der Kommunisten als Maueranschlag vorgefunden, der folgenden Wortlaut hatte:

Kampfbericht der Roten Armee, Heeresgruppe Hölz, Hauptquartier Duerfurt, den 27. März 1921, Eisener Straße.

Meine Plänkelfeind, fast ruhig. Seitens unserer Oberleitung wurde der Oberstabsarzt Dr. Ewers festgenommen, da in seiner Wohnung ein großes Waffendepot der „Degetsch“ vorgefunden wurde. Wegen Zahlung einer hohen Geldsumme sollte er freigegeben werden. Daraufhin gab der Kommandeur der Schups einen abichenden Befehl. Dieser Befehl enthielt Drohungen, daß, wenn der Festgenommene nicht binnen einer Stunde freigelassen würde, sämtliche festgenommenen Kommunisten, einschließlich der Frau des Genossen Rebauteurs Schneider, welche mit ihrem 7 Monate alten Kinde festgenommen worden ist, erschossen werden sollten. Eine derartige Drohung ist eine so unerhörte Brutalität, wie ich sie bei wilden Völkern nicht vorfand. Die Genossin Schneider ist lediglich als Geißel festgenommen worden. Anse modernen Bluthunde scheuen somit nicht, einen brutalen Mord an Frauen und Säuglingen zu begehen.

Die aus Hettstedt vertriebenen Schuppmannschaften haben Leimbach und Mansfeld besetzt, wurden aber von einem Teile der Hölzischen Heeresgruppe umzingelt. Ein großer Teil der Hölzischen Garben besetzten diese Nacht Sangerhausen, wo ein Reichwehr-Panzerwagen angegriffen war. In kurzer Zeit war er aus allen Positionen verdrängt und mußte sich zurückziehen. Aus strategischen Gründen mußten wir Gleife und Telephonzentralen sprengen. Heute morgen hat die Gruppe Sangerhausen verlassen. Wie haben zwei Tote und zwei Verwundete, die Gegner schätzungsweise 15 Mann Verluste zu verzeichnen.

Ein Kavallerieangriff berittener Schups bei Bischeren wurde mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Mit Sicherheit wurden beim Gegner neun Tote und sieben Verwundete festgestellt; unsere Verluste sind ein Toter und ein Verwundeter. Heute morgen besetzte ein Teil der Heeresgruppe Hölz das Städtchen Schraplau, wo sie mit Jubel von der arbeitenden Bevölkerung aufgenommen wurden.

In den späten Nachmittags- und Abendstunden des Ostermontag richtete sich die Aktion von Duerfurt aus gegen Merseburg.

Zusammen sind bisher auf Seiten der Polizei zwei Tote und drei Verwundete zu verzeichnen. Ein Motorradfahrer wurde auf dem Wege nach Stetten von den Aufklärern erschossen und das Rad weggenommen. Die Verluste auf Seiten der Aufständischen sollen bisher sich auf etwa 150 beziffern. Zahlreiche Maschinengewehre und Handgranaten der Roten Armee sind erbeutet worden. Die Zahl der Festgenommenen beläuft sich auf annähernd 300 bis 400, worunter sich auch zwei kommunistische Krankenschwestern befanden.

Kämpfe in Sangerhausen.

Bei Muldenstein, auf der Bahnstrecke Halle-Berlin, wurde in der Nacht zum Montag nach Meldung des „V. L.“ die Eisenbahnbrücke in die Luft gesprengt. Es gelang, einen der Täter zu verhaften. Ferner glückte es der Polizei, einen der Urheber des vor kurzer Zeit verübten Eisenbahnrevells bei Ammendorf festzunehmen. Auch die Eisenbahnbrücke in der Nähe von Wallhausen (Strecke nach Nordhausen) und in der Nähe von Ober-Hölzlingen an der Helme (Strecke nach Erfurt) sind von den Kommunisten gesprengt worden. Die Wiederherstellungsarbeiten sind im Gange. Der Zugverkehr von Erfurt her findet seinen Endpunkt in Artern.

In Sangerhausen haben die Kommunisten das Hauptpostamt in die Luft gesprengt und den Bürgermeister und einige andre Einwohner als Geiseln mitgenommen. Sie versuchten auch Banken zu sprengen. Das Innere des Hauptpostamts ist durch die Sprengung völlig verwüstet worden und ganz außer Betrieb gesetzt.

Sonnabend nachmittags 4 Uhr traf ein Zug württembergischer Reichwehr in einem mit Schießarten versehenen Eisenbahngüterzug ein, besetzte den Bahnhof und säuberte die Stadt. Nach einigem Widerstand der Kommunisten trat Ruhe ein.

In Michel n wurden die Bergarbeiter durch acht bewaffnete ausführende Kommunisten zum Streik gezwungen. Auch in den Schächten des Velfeltals ruht überall der Betrieb. In Wittenberg ist der Streik auf allen großen Werken durchgeführt.

Die Stadt Bitterfeld ist von den Kommunisten geräumt worden. Die ordentlichen Behörden haben den Dienst wieder aufgenommen. In Golpa wird gearbeitet. Unter der Leitung des Direktors übete sich aus der Arbeiterschaft des Werkes in Bismarck eine Abwehrmannschaft gegen kommunistische Störungen.

Halle.

In Halle wurde kurze Zeit nach dem Attentat auf die „Saale-Zeitung“ in der ersten Feiertagsnacht ein gleiches Attentat auf die „Saale-Zeitung“ und auf die sozialdemokratische „Volksstimme“ verübt. In den Maschinenaal der „Saale-Zeitung“ wurden zwei Handgranaten geworfen, wodurch zwei Maschinenmeister, einer davon schwer, verwundet, Maschinen demoliert und Hauschaden angerichtet worden ist. Der Polizei gelang es in derselben Nacht, in der Nähe des Polizeigebäudes einen Mann mit einem Sack zu verhaften, der 10 Pfund Noburkt enthielt. Es war geplant, damit das Polizeigebäude in die Luft zu sprengen.

Wischerleben.

Neuer Wischerleben gingen Dienstag vormittags Gerüchte um. Sie sind übertrieben. Bisher haben die dortigen Kommunisten noch nicht gewagt, loszuschlagen. Wie unser Korrespondent meldet, haben sie am Sonnabend nachmittags eine Versammlung im „Neuen Theater“ veranstaltet, in der sie über die Laage berieten. Hernach zogen sie, etwa hundert Personen, nach dem Markt, wo sie einige Hochs ausbrachten und das Lied „Wer schafft das Gold utane“ sangen. In Rücksicht auf einen Teil der „Sänger“ muß gegen diesen Mißbrauch des Liedes protestiert werden. Sie schafften nichts zutage.

Es kursieren unkontrollierbare Gerüchte über geheime Beschlüsse der Kommunisten. So soll angeblich das Mathaus in die Luft gesprengt, eine Anzahl großer Fabriken und Werke besetzt werden usw. Das ist natürlich alles Wahnsinn, aber wer sollte den Kommunisten heute nicht jeden Wahnsinn vertrauen? Die Polizei hat Vorkehrungen gegen Zwischenfälle getroffen.

Im Leipzig und Delitzsch.

Die Kommunisten haben Dienstag nacht 12 Uhr die Parole zum Beginn des Generalstreiks in Leipzig ausgegeben. Die „Leipziger Volkszeitung“, das Volkshaus und die Konsumvereine werden von Aufständischen der Unabhängigen bewacht, um Anschläge der Kommunisten vorzubeugen.

Delitzsch soll sich in den Händen von 700 Kommunisten mit etwa 25 Maschinengewehren befinden. Ob's wahr ist, läßt sich zur Stunde nicht kontrollieren.

In der Nähe von Markranstädt fand zwischen bewaffneten Arbeitern, die von Leipzig nach den Benauerwerken zogen, und Schützpolizei ein Feuergefecht statt. Näheres ist bisher nicht bekannt. Bei einem Gefecht in Wiskau, das mit der Wucht der Aufklärung erbeutet, hatten diese einen Toten, zwei Schwerver- und zwei Leichtverwundete.

In Suhl ist der Generalstreik ausgebrochen. Es ist aber noch alles ruhig.

Wie's gemacht wird.

Uns fällt folgendes kommunistische Mundschreiben in die Hände:

Wir erwarten, daß die Ortsleitungen die im Mundschreiben Nr. 19 mitgeteilten Richtlinien in bezug auf den Kurierdienst befolgen. Es empfiehlt sich, überall da, wo eine große Anzahl Mitglieder der R. A. W. vorhanden ist, diese bei der Bildung von Aktionsausschüssen mit heranzuziehen. R. A. W. und U. S. P. Arbeiter sind von ihrer Führung zu trennen und in die Bewegung hineinzuziehen. An Sipos- und Reichwehrmannschaften soll durch Ueberredung herangetreten werden. Nur wo schon offene Kämpfe eingetreten sind, ist härteste Behandlung geboten.

Mit kommunistischem Gruß
Bezirksleitung der R. A. P. D. Magdeburg.

Die sozialdemokratischen Arbeiter lassen sich aber nicht von ihrer Führung trennen. Da ist alle kommunistische Ueberredung nutzlos.

Kommunistisches Begräbniß.

Wahr ist es den Kommunisten während der Ostertage gelungen, an einzelnen Stellen des Reichsreviers Unruhen zu erzeugen. In der Umgebung Leipzigs ist es zu einigen Zusammenstößen gekommen. Da und dort werden noch lokale Flammen emporgeschlagen. Aber im allgemeinen darf man sagen, daß der kommunistische Aufstand an dem einmütigen Widerstand der Arbeitermassen scheitern wird.

Berlin ist an den beiden Ostertagen ruhig geblieben. Es sind „nur“ zwei Sprengversuche — gegen eine Eisenbahnbrücke am Bahnhof Charlottenburg und gegen ein elektrisches Werk in der Goltendorffstraße — unternommen worden. Beide sind nicht gelungen, aber sie haben einigen Materialschaden angerichtet. Die Berliner Sozialdemokraten wie die dortigen Unabhängigen erlassen Aufrufe, in denen die Arbeitermassen noch einmal davor gewarnt werden, den Kommunisten ins Garn zu laufen. Sie werden auch aufgefordert, sich nicht an Straßen-demonstrationen und Versammlungen im Freien jetzt zu beteiligen. Die Aufforderung wird allgemein befolgt. Die kommunistischen Verbrecher sind auch in Berlin auf sich selbst gestellt. Hamburg ist ruhig.

Nun heißt es, daß die „eigentliche“ kommunistische Aktion für den Generalstreik, das heißt für den Generalangriff erst am heutigen Dienstag beginnen solle. Wir wissen nicht, ob das wahr ist; wir wissen aber, daß sie scheitern würde, wenn sie wahr wäre. Die Arbeitermassen sind nun einmal nicht in den Geirbann der Kommunisten zu ziehen; sie folgen den Weisungen der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften.

So frampfhast und verbrecherisch die Kommunisten auch bemühen, den Befehl Moskows auszuführen, an der Spitze der deutschen Arbeiterklasse werden sie scheitern. Wer selbst Sowjetrußland noch in Gefahr wäre. Könnte ihm die völlige Ruinierung Deutschlands nichts nützen. Es ist abgar nicht mehr in Gefahr, da es seinen Handelsfrieden mit England und durch den Vertrag mit Polen die Möglichkeit freien Warenbezugs erhalten hat. Diese Waren wird es soweit England und Polen das zulassen, zumeist aus Deutschland beziehen. So bahnen sich die für beide Länder unehrlichen Wirtschaftsverhältnisse wieder an. Aber in Deutschlands ungehörte Produktion kann zu Rußland Wiederaufbau beitragen.

Gerade vom sowjetbegeisterten Standpunkt aus gesehen ist dieser Zustand ein Verbrechen. Und darum wird die deutsche Arbeiterklasse diesen Ursachen nicht nur aus ihrer Einsicht, sondern nötigenfalls auch mit der gebotenen Energie zu begegnen wissen. Darum wird diese kommunistische Unternehmung ein kommunistisches Begräbniß.

Kommunist Lenin kapituliert.

Das allrussische kommunistische Exekutivkomitee hat ein Gesetz erlassen, welches für die Landwirtschaft eine Naturalsteuer an Stelle der Zwangslieferungen einführt und die Bauern eine weitere Ermäßigung des Steuerbetrags verspricht. Strebsame Wirte erhalten Vergünstigungen. Es wurde die Schaffung eines Warenfonds für den staatlichen Landhandel mit den Bauern beschlossen. Zunächst wurden 15 Millionen Goldrubel zum Ankauf von Landwaren für den Nordkaukasus bewilligt.

Ein gleichzeitig erlassenes Gesetz über die Landorganisationsbestimmungen, das die Umteilung des Gemeindefandes nur alle 10 Jahre gestattet ist und befiehlt die Abschaffung der Gemengelage und Abrundung des bäuerlichen Besitzes.

Das neue Gesetz gibt den Bauern das freie Verfügungsgewicht über den nach Ableistung der Steuer verbleibenden Rest ihrer Erzeugnisse. In einer Kundgebung an die Bauernschaft wird der Inhalt des neuen Gesetzes erörtert. Wie die Kundgebung besagt, soll die Naturalsteuer weit geringer als die aufgehobene Ablieferungsveranlagung sein. Die neue Steuer soll noch vor Beginn der Frühjahrsaussaat festgesetzt werden, damit jeder Bauer im voraus weiß, welchen Teil seiner Ernteträge er abzugeben hat und welcher zu seiner eignen Verfügung verbleibt. Die bisherige Gesamthaltung der Dorfgemeinden für die Ablieferungsspflicht der einzelnen wird abgeschafft und die Naturalsteuer wird für jede einzelne Bauernwirtschaft individuell veranlagt werden, so daß der tüchtige und fleißige Bauer künftig nicht mehr für seinen trägen Nachbarn zu haften haben wird.

Der Erlaß stellt ausdrücklich fest, daß die Bauern ihre Erzeugnisse fortan nicht nur gegen Erzeugnisse der staatlichen Industrie oder staatliche Einfuhrwaren eintauschen, sondern auch durch Vermittlung der Genossenschaften und sogar im freien Handel auf den Märkten abgeben dürfen. Die Bauern werden aufgefordert, die Bodenbestellung möglichst zu erweitern, um die Vorteile der neuen Rechtsordnung voll auszunutzen zu können.

Der Kommunist Lenin hat also vor dem Eigentumsfuror der Bauern kapituliert. Für diesen Lenin, für diese kapitulierten Sowjetverwaltung schlagen sich die deutschen Kommunisten!

Banderbelde gegen die Gewalt.

In Brüssel haben die Sozialisten die Kampagne für die kommenden Kommunalwahlen begonnen. In einer großen Versammlung ergriff auch Minister Banderbelde das Wort. Er sagte unter anderem:

Deutschland habe eine geheiligte Schuld, die es bezahlen müsse. Frankreich und Belgien hätten ein Anrecht auf Wiedergutmachung. Man könne sie auf zwei Arten erreichen: durch die Methode der Sozialdemokraten und durch die Methode der Nationalisten. Die Sozialdemokraten erklärten, Deutschland müsse zahlen, was es fähig sei, zu zahlen. Damit man das erreiche, wolle man an die Arbeiterklasse appellieren und mit ihr die gerechteste Methode suchen, um die Schäden wieder gutzumachen. Das Proletariat müsse durch eine internationale Aktion in Erscheinung treten.

Die Reaktionäre erklärten, Deutschland müsse Hunderte von Milliarden bezahlen, trotzdem sie müßten, daß das deutsche Volk nicht genügend produzieren könne. Um eine derartige Schuld zu bezahlen, um eine derartige unrealisierbare Sache zu erreichen, hätten die Nationalisten zu Gewaltmaßnahmen gegriffen, darunter zur Besetzung reichsdeutscher Städte durch die Gewalt der Bajonette. Diese Besetzung werde die Besetzung anderer Städte nach sich ziehen, denn gewisse Leute träumten von der Besetzung Berlins. Eine derartige Politik müsse zu stärkern Militärlasten führen. Deutschland zahle z. B. den Allierten für Besatzungskosten jährlich Milliarden, die an Frankreich und Belgien für Reparationen bezahlt werden könnten.

Durch diese Politik könnten in Deutschland die Reaktionen das Haupt erheben, weil sie die lächerlich übertriebenen Forderungen der Entente auszunutzen in der Lage seien. So führe die nationalitistische Methode unweidmännisch zu Kriegen. Das Proletariat werde diese Katastrophe zu verhindern wissen.

Der Aufsicht, der in der großen Versammlung des Allgemeinen Arbeiterverbandes in Paris über den Wiederaufbau in Nord- und Ostfrankreich eingeleitet wurde, um ein Wiederaufbauprogramm unter deutscher Beteiligung auszuarbeiten, hat seine Arbeit begonnen. Die erste Aufgabe des Ausschusses ist, einen Appell an die betroffene Bevölkerung zu richten, der an alle Gemeinden der geschädigten Departements gerichtet werden soll.

Die Kommission hat beschlossen, eine große Vertammlung unter Beteiligung aller Behörden, die sich mit dem Wiederaufbau zu beschäftigen haben, nach Paris zu berufen; sämtliche Senatoren, Deputierten, Generalräte und Municipalräte sollen eingeladen werden, ebenso die Vertreter aller Wiederaufbaugenossenschaften, damit jede Gruppe in der Lage sei, ihr Urteil über das ausgearbeitete Programm abzugeben.

Deutschlands internationale Lage.

Die Abstimmung in Oberschlesien und der abgeschlossene Friede zwischen Polen und Sowjetrußland schaffen eine neue internationale Lage. In London scheiterte die vorläufige Verständigung für die nächsten fünf Jahre hauptsächlich an der Voraussetzung, daß Oberschlesien deutsch bleibt. Für die Alliierten galt es als eine ausgemachte Sache, daß die Abstimmung in Oberschlesien für Deutschland ungünstig ausfallen werde, und deshalb schienen ihnen das Anerbieten Simons' für die ersten fünf Jahre die Pariser Vorschläge anzunehmen, nicht ein Provisorium für fünf Jahre, sondern für fünf Wochen. Nun die Abstimmung eine unbestreitbare Mehrheit für Deutschland ergeben hat, kann angenommen werden, daß die Alliierten auf den Vorschlag des deutschen Außenministers zurückkommen werden.

Wir möchten hierzu gleich erklären, daß wir es nicht zu behauern haben, wenn durch die inzwischen vorgenommenen Strafmaßnahmen der Alliierten das deutsche Angebot hinfällig geworden ist. Denn hinter jedem wie immer gearteten Provisorium steht eine Gesamtrechnung, die festzusetzen die Alliierten für sich allein in Anspruch nehmen, die aber

Deutschland allein bezahlen

soll. Es kommt jedoch nicht allein auf die Festsetzung der Schuldsumme an. Die Art der Bezahlung — denn Gold haben wir nicht und mit deutschen Banknoten ist den Alliierten nicht gedient — und die Abschätzung der Sachleistungen spielen eine nicht minder große Rolle.

Das merkwürdige Abenteuer über die Abschätzung der bisherigen Leistungen Deutschlands muß uns für die Zukunft als eine nicht zu übersehende Lehre dienen. Während die deutsche Regierung die bisherigen Sachleistungen auf 21 Milliarden abschätzte, behaupten die Alliierten, sie belaufen sich nur auf 8 Milliarden. Dieser unglaubliche Vorgang muß uns veranlassen, alle Abmachungen mit den Alliierten sehr vorsichtig auszuarbeiten. Wir zahlen vor allem in Waren. Es muß also zunächst eine Abschätzungsmethode geschaffen werden. Denn wenn es den Alliierten überlassen bleibt, den Preis der gelieferten Waren zu bestimmen, dann darf es uns nicht überraschen, wenn wir schließlich zweimal und dreimal mehr zahlen, als wir zu zahlen uns verpflichtet haben. Es wird auch notwendig sein, daß künftig vor der Lieferung der Wert derselben festgestellt wird und daß nur gegen die Auslieferung entsprechender Gutscheine die Leistung erfolgt. Es erscheint uns rätselhaft, warum das nicht seither geschehen ist.

Es wird in Zukunft um so mehr Vorsicht am Platze sein, als ein erheblicher Teil der Sachleistungen in

Wiederaufbauarbeiten im zerstörten Gebiet

bestehen wird. Wohl sträuben sich noch die französischen Unternehmer dagegen. Sie schützten bisher vor, daß die Einwohner Nordfrankreichs gegen die Anwesenheit deutscher Arbeiter protestieren würden. Erhebungen von bürgerlicher Seite wie von den Gewerkschaften im zerstörten Gebiet haben jedoch erwiesen, daß es sich nur um Vorwände handelt. Wir müssen also bei den künftigen Verhandlungen von vornherein erklären, daß wir bereit sind, die zerstörten Gebiete soweit wie möglich aufzubauen, aber weder geneigt noch in der Lage sind, den französischen Unternehmern und sonstigen Geschäftemachern Milliardengewinne in die Taschen zu schieben. Wenn Briand sich über die Miesengeinnahme der deutschen Unternehmer entrüstet, dann hat er nicht minder Grund, sich zu entristen, daß am Wiederaufbau bereits ungeheure Summen verdient worden sind, ohne daß eine entsprechende Leistung aufzuweisen wäre. Mit den zweifellos skandalösen Gewinnen der deutschen Unternehmer werden wir schon selber aufkommen, wenn wir einmal die volle wirtschaftliche Freiheit wieder besitzen werden. Die „Silbe“ des Sozialisten Briand kommt nur der Reaktion zugute. Hüben wie drüben.

Die deutschen Arbeiter sind sich mit den französischen Arbeitern seit 16 Monaten völlig einig. Sie haben diese Einigung kürzlich in Genf bekräftigt. Es wäre ein ungeheurer Gewinn

für die Völkerverständigung,

wenn sich die sozialistischen Parteien Frankreichs, Englands, Italiens, Belgiens und Deutschlands in dieser konkreten Frage über ein gemeinsames Vorgehen verständigen würden. Eine gemeinsame Aktion zur Lösung des Problems der Wiedergutmachung würde von außerordentlicher Tragweite sein. Denn die Stärke der Chauvinisten aller Länder beruht heute vor allem auf der internationalen Untätigkeit der Arbeiter, die wieder eine Folge der Spaltung und der mangelnden Verständigung ist. Mögen die Italiener und ein Teil der Franzosen nach Moskau streben, sie können unmöglich die Liebedienerei vor Moskau so weit treiben, daß sie der Reaktion im eigenen Lande die Steinhülfe halten, indem sie eine Verständigung mit den deutschen Arbeitern ablehnen.

Von den deutschen Kommunisten erwarten wir freilich nicht so viel Einsicht. Aber sie sind in der deutschen Arbeiterklasse nur eine verantwortungslose, von dunkeln Mächten getriebene Minderheit. Gälten sie auch nur einen Funken politischer Einsicht, so könnten sie

angesichts des russisch-polnischen Friedens

nicht mehr ein Bündnis mit Sowjetrußland empfehlen. Der Friede, der Polen zuliebe zwei Tage vor der Abstimmung in Oberschlesien geschlossen wurde, liefert Polen nicht allein das ruthenische Ostgalizien, große Gebiete der ehemals russischen Ukraine, einen Teil Weißrußlands aus und überläßt, nach der Art des Pontius Pilatus, das kleine Litauen der polnischen Soldateska, ganz nach dem Vorbilde des Völkerbundes. Der Vertrag verzichtet ausdrücklich auf die freie Durchfahrt deutscher und österreichischer Waren durch Polen nach Rußland. Es wird den Polen freigestellt, durch Erhebung von Son-

derabgaben diese Durchfuhr zu unterbinden. Wohl gemerkt, es handelt sich nicht etwa um eine Klausel, die die Durchfuhr von Waren nach anderen Staaten, wie z. B. Frankreich betrifft. Nein. Das Recht, die Durchfuhr zu verhindern, hat Sowjetrußland einzig für Deutschland und Oesterreich erteilt. Nun begriff man, was Lenin sagen wollte, als er kürzlich von einem Anschlag auf Sowjetrußlands an die Westmächte sprach: Handelsabkommen mit England, Unterbindung der deutschen Warenzufuhr, Konzessionen an englische und amerikanische Kapitalisten. Der Weg ist klar genug gezeichnet. Wir haben allen Grund, die Augen offen zu halten, um zu sehen, wohin die Reise geht. J. S. J.

Die Lehrer und Minister Saentisch.

Die Presse der Rechten verlangt im angeblichen Interesse einer sachgemäßen Amtsführung die „Säuberung“ der wichtigsten preussischen Ministerien von ihren sozialistischen Ministern. Wie sehr sie sich damit in Widerspruch zu der Auffassung aller wirklich sachverständigen Kreise setzt, beweist ein Artikel des offiziellen Organs des Preussischen Lehrervereins, der „Preussischen Lehrerzeitung“, in dem es nach einer Feststellung, daß die alte Koalitionsmehrheit regierungsfähig geblieben sei, heißt:

Diese Tatsache ist für die preussische Lehrerschaft insofern von Bedeutung, als sie die Hoffnung haben darf, daß der erste Unterrichtsminister im Volksstaat ihr weiterhin erhalten bleibt. Es muß unumwunden anerkannt werden, daß Minister Saentisch in den zwei Jahren, in denen er das Schulschiff lenkt, durch sein unablässiges Bemühen, Schule und Lehrerschaft auf der Bahn freier Entwicklung vorwärts zu bringen, das Vertrauen der Lehrerschaft im weitesten Maß erworben hat. ... Zunächst für jede gesunde Kritik, hat er durch persönliche Mitbeteiligung mit der Lehrerschaft die Brücke zu gegenseitiger Verständigung geschlagen und nicht nur in Worten, sondern durch die Tat einmündig bekundet, daß ihm die Förderung des Schulwesens Herzenssache ist. In dem Bestreben, die Schule von den Fesseln früherer Abhängigkeit, Bevormundung und Unterwürfigkeit zu befreien und ihr den Einfluß zu gewähren, den sie als Trägerin der Volksbildung haben muß, um ihre Kulturmission im Volksstaat zu erfüllen, findet er die Lehrerschaft auf seiner Seite.

Allerdings ist ihm im Wahlkampf von den rechtsstehenden Parteien der Vorwurf gemacht worden, daß er mit seinen Meinungen Unruhe in den Schulbetrieb gebracht habe; aber dieser Vorwurf gerichtet ihm nur zur Ehre. Wo an der Zukunft unersetzliches gearbeitet wird, wo neue Pläne für die gemeinsame unterrichtliche Versorgung der Jugend und Aufstiegsmöglichkeit nach Religion und Fähigkeiten für sie vom Kindergarten bis zur Hochschule entworfen, erwogen und erprobt werden, da kann es keine Kirchenhoferei geben, da muß Leben und Bewegung zu finden sein; sonst ist jeder Fortschritt, jeder Aufschwung ausgeschlossen. Gewiß sind hier und da Mißgriffe vorgekommen und Anordnungen getroffen worden, die sich nicht bewährt haben; aber wo in aller Welt kommen nicht Fehler und Irrtümer vor? Wo Neuland beackert wird, da werden Versuche angestellt, die oft fehlschlagen. Der Samen, in Hoffnung ausgestreut, ist nicht von Unkraut frei. Minister Saentisch ist kein Starrkopf, der sich auf Nebenackern verstreut und verweilt hat; sorgsam wägt er das Gute ab und legt das Bessere an die Stelle des Nichtbewährten. Zielbewußt hat er die Kräfte umschifft, die ihn und sein Werk bedrohten; unter der Umwandlung der Verhältnisse hat er das Alte, mit neuer Ladung und neuer Mannschaft besetzte Schulschiff in ein Fahrwasser gesteuert, das nach menschlicher Berechnung eine glatte Weiterfahrt zu den Gestirnen des neuen volkstaatlichen Schuldeals verspricht. Die preussische Lehrerschaft hat darum den aufrichtigen Wunsch, daß er auch weiterhin am Steuer derer bleibt und die Forderungen der Neuzeit, die an Schule und Lehrer gestellt werden, verwirklicht.

So urteilt das offizielle Organ der preussischen Lehrer. Die Presse der Reaktion wird aber nicht aufhören, gerade die Schule als ausgedehntes Feld für ihre Geharbeit zu benutzen. Wiewenig es ihr dabei auf die sachliche Förderung des Schulwesens ankommt, das zeigt zur Genüge die „Preussische Lehrerzeitung“, die ausspricht, was die Lehrer der preussischen Volksschulen über die sozialdemokratische Schulpolitik denken. Was will es demgegenüber bedeuten, wenn in bürgerlichen Zeitungen immer wieder einzelne Lehrer über sozialdemokratische Mißwirtschaft frazeolen. Zum meist sind es zudem nicht Volksschullehrer, sondern die akademisch „gebildeten“ Oberlehrer höherer Schulen, die für Volksschulen und Bedürfnisse der Volksmassen sehr wenig Verständnis besitzen, dafür um so mehr im akademischen Dünkel befangen sind. —

Die Briefe des Soldatenschinders.

Die Briefe, die der zu 6 Monaten Festungshaft verurteilte Hiller als Kompanieführer an den Vater des toten Helmhals richtete und gegen deren Bezahlung er sich in der Schwurgerichtsverhandlung hegreiflicherweise sträubte, haben folgenden Wortlaut:

Polzki, den 4. April 1915.

Wertes Herr Helmhals!
Hierdurch erlaube ich die kouriere Mitteil, Sie von dem plötzlichen Ableben Ihres Sohnes, des Grenzfürhlers Karl Helmhals, in Kenntnis zu setzen. Der Arzt stellte blutigen Tumor dar. Ich verliere in dem Dahingekleideten einen tüchtigen Soldaten und guten Kameraden, dessen Verlust mir schmerzhaft betrauern. Seine Ueberreste ruhen auf dem Friedhof in Polzki.

Hiller,
Leutnant und Kompanieführer.

Minzka, den 25. Juni 1915.
Herrn Paul Helmhals

Berlin NW 5
Quadowstraße 124.

Auf Ihr Schreiben vom 15. Mai 15 an den Regimentskommandeur teilte Ihnen die Kompanie folgendes mit: Soweit für Ihren Sohn Pakete bei der Kompanie eingelaufen sind, sind sie demselben ordnungsgemäß ausgehändigt worden. Die Kompanie kann jetzt nicht mehr angeben, wieviel Pakete für ihn eingelaufen sind. Eine Postliste, wie im Frieden, kann im Kriege nicht geführt werden. ...

Während seiner kurzen Krankheit ist Ihrem Sohne die bestmögliche körperliche und ärztliche Pflege zuteil geworden. Wir betrauern in dem Verstorbenen einen tüchtigen Soldaten und guten Kameraden.

Hiller,
Oberleutnant und Kompanieführer.

Wie erinnerlich, bestand diese Trauer darin, daß Oberleutnant Hiller mit dem Unterarzt Dr. Müller darüber verhandelte, die Sache

so zu beschleunigen, daß man ihnen nicht an den Waren fahren könne und daß man die Mannschaften zu bestimmen suchte, der Wahrheit zu wider auszuweisen, daß Helmhals ordnungsgemäß versorgt worden sei.

Davon abgesehen, wurden die Beileidsbesuche an die Angehörigen gefallener Soldaten durchweg nach Schema & hergestellt was für den Soldatenschinder Hiller ein gewisser Minderungsgrund ist. Ein Gemeiner war im Arzte eben kaum soviel wert wie die beiden Väterhagen, auf dem die Einberufung bewirkt und der Tod gemeldet wurde. —

Notizen.

Die Entscheidung über Oberschlesien. Wie „Welt Posten“ feststellt, wird die Entscheidung über Oberschlesien nicht vor Ende April getroffen werden können. Zuerst werde die Interalliierte Kommission in Oberschlesien Vorschläge über die Grenzen machen, in zweiter Linie werde alsdann die Botikalkonferenz darüber beraten, und wenn nötig, werde der Oberste Rat an den Schiedspruch der Regierungen appellieren. —

Das Autonomiegesetz für Oberschlesien. In der sicheren Erwartung, daß Oberschlesien nach dem Ergebnis der Abstimmung ungeteilt beim Deutschen Reich verbleiben wird, hat das Reichskabinett den Reichsminister des Innern beauftragt, die Vorbereitungen für das obereschlesische Autonomiegesetz in Angriff zu nehmen. —

Wie die Raben gestohlen. Im Anhaltischen Landtag verlangte eine Kommunistische Anfrage die Anwendung des Rapp-Amnieszies auf 30 bis 40 Leute, die in das Haus eines Fabrikdirektors eingedrungen waren und wie die Raben gestohlen hatten. Die Kommunisten waren schließlich so einsichtig, keine Beipredung der Angelegenheit zu beantragen. —

Schleswig-Holstein im Staatsrat. Der Provinziallandtag wählte als Vertreter Schleswig-Holsteins in den Staatsrat den Genossen Rechtsanwalt Spiegel (Mitt.); als Stellvertreter unseren Genossen Flägermeister Brauer (Mitt.); von bürgerlicher Seite: Oberbürgermeister Dr. Pohlen (Helsburg) und Generallandschaftsdirektor Krieger. —

Notenwechsel über den Flugzeugbau. Zwischen der Interalliierten Kontrollkommission und dem Auswärtigen Amt hat ein Notenwechsel über die Herstellung von Fluggeräten in Deutschland stattgefunden. Auf eine Note vom 17., in der die Kommission noch einmal die in Voulagne beschlossene und Deutschland durch eine Note vom 29. Januar mitgeteilte Entscheidung betont, daß die Herstellung von Flugzeugen noch verboten ist, hat das Auswärtige Amt am 29. März erwidert, daß die deutsche Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß die Sperrfrist am 10. Juli 1921 (sechs Monate nach der Friedendratifizierung) abgelaufen ist. Die Regierung wiederholt aber ihr Angebot, den Streitfall einem Schiedsgericht zu unterbreiten. —

Anschläge in Italien. Von den in Mailand verhafteten 200 Kommunisten haben einige ihre Beteiligung an dem Attentat zugestanden. Bisher ist es noch nicht gelungen, die Urheber des Bombenanfalls auf das Mailänder Diana-Theater zu ergreifen. Die Bombenanschläge gegen Eisenbahnbrücken und -strecken nehmen ihren Fortgang. So wurde eine Eisenbahnbrücke bei Stremocchie mit Dynamit zu ihren Grund verbrannt, der Anschlag mißlang aber. Ferner wurde bei der Station Danio ein Teil der Eisenbahnstrecke in die Luft gesprengt. Ein Schnellzug konnte noch rechtzeitig gebremst werden. In Ferrara und Verona fanden schwere Zusammenstöße zwischen den Kommunisten und den Nationalisten statt. Man kündete sich gegenseitig die Verlammsungstafeln an, in beiden Städten behielten die Nationalisten die Oberhand. In Verona fanden große nationalistiche Umzüge statt; die Stadt trägt Flaggenschmuck. —

Depeschen.

Verschärfter Belagerungszustand.

* Halle, 29. März. Hier ist gestern der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Die Polizeistunde wurde auf 9 Uhr abends festgesetzt, jedes Betreten der Straße von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens verboten. Die Theater mußten schließen. Der Schiffsverkehr auf der Saale wurde untersagt. Oberpräsident Hüßing hat allen Ausländern, die keine feste Wohnung und keinen dauernden Erwerb in der Provinz Sachsen haben, befohlen, die Provinz sofort zu verlassen. In der Nacht zum Ostermontag sind in Halle etwa 200 Personen verhaftet worden, darunter ein gewisser Paul Jakob aus Ammendorf, dem die beiden letzten Eisenbahnattentate in der Nähe von Halle zur Last gelegt werden. Er wird von mehreren Staatsanwaltschaften heftig gesucht, da ihm zwei Raubmorde zur Last gelegt werden. —

Sugreßion Berlin—Halle.

L. u. Halle, 28. März. Die Züge Berlin—Halle trafen gestern mit sieben bis achtsündiger Verspätung ein. Nach Angabe von Reisenden sollen mehrere Verwundete beschossen worden sein. Jugendliche Burschen, mit Gewehren bewaffnet, revidierten die Züge nach Polizeibeamten. Ein Zug mußte infolge heftiger Beschickung nach Wittenberg zurückkehren. —

18 Tote.

L. u. Essen, 29. März. Die Kommunisten hatten am Sonntag ihre Anhänger durch Flugblätter aufgefordert, zu den Waffen zu greifen und die Betriebe zu besetzen. In den Flugblättern hieß es, daß Berlin durch die kommunistischen Bewegung angefallen hätte. Am Montag um 4 Uhr nachmittags war eine große Massenkundgebung nach dem Koppladplatz angefaßt. Die Polizei hatte den Koppladplatz aber bereits um 3 Uhr abgeperrt. Um 1/2 11 Uhr kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Schutzpolizei und den Kommunisten. Es gab Tote und Verwundete. Der Polizei gelang es schließlich, die Massen abzuwürgen. Später trat wieder Ruhe ein. Das ganze Stadtinnere wurde abgeperrt. Von welcher Seite der erste Schuß gefallen ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Nach Mitteilung von amtlicher Seite waren bis 8 Uhr abends folgende Opfer festgesetzt: auf Seiten der Schutzpolizei drei Tote und neun Verwundete, darunter ein Leutnant, auf Seiten der Demonstranten fünfzehn Tote und 34 Verwundete. —

Mundformung der deutschen Presse.

L. u. Rattowitz, 28. März. Nach der „Lübentischen Morgenpost“ in Weuthen, dem „Oberschlesischen Wandrer“ in Gleiwitz, der „Oppelner Zeitung“ in Oppeln, dem „Oberschlesischen Anzeiger“ in Ratibor sind nunmehr auch die „Oberschlesische Volksstimme“ in Gleiwitz, der „Oberschlesische Kurier“ in Königsbrunn und der „Volkswille“ in Rattowitz verboten worden, die beiden letztgenannten Blätter bis zur Aufhebung des Belagerungszustandes. Das Verbot der erstgenannten vier Zeitungen ist auf 10 bis 15 Tage erfolgt. Hiermit ist fast die gesamte obereschlesische deutsche Presse von Bedeutung verboten und auch die Reichspresse darf nicht nach Oberschlesien hinein. Ein Teil der obereschlesischen Presse, nämlich der in den Gebieten des Belagerungszustandes, steht außerdem unter Verzug. —

Deutschlands internationale Lage.

Die Abstimmung in Oberschlesien und der abgeschlossene Friede zwischen Polen und Sowjetrußland schaffen eine neue internationale Lage. In London scheiterte die vorläufige Verständigung für die nächsten fünf Jahre hauptsächlich an der Voraussetzung, daß Oberschlesien deutsch bleibt. Für die Alliierten galt es als eine ausgemachte Sache, daß die Abstimmung in Oberschlesien für Deutschland ungünstig ausfallen werde, und deshalb schienen ihnen das Anerbieten Simons' für die ersten fünf Jahre die Pariser Vorschläge anzunehmen, nicht ein Provisorium für fünf Jahre, sondern für fünf Wochen. Nun die Abstimmung eine unbestreitbare Mehrheit für Deutschland ergeben hat, kann angenommen werden, daß die Alliierten auf den Vorschlag des deutschen Außenministers zurückkommen werden.

Wir möchten hierzu gleich erklären, daß wir es nicht zu bedauern haben, wenn durch die inzwischen vorgenommenen Strafmaßnahmen der Alliierten das deutsche Angebot hinfällig geworden ist. Denn hinter jedem wie immer gearteten Provisorium steht eine Gesamtrechnung, die fest zu setzen die Alliierten für sich allein in Anspruch nehmen, die aber

Deutschland allein bezahlen

soll. Es kommt jedoch nicht allein auf die Festsetzung der Schuldsumme an. Die Art der Bezahlung — denn Gold haben wir nicht und mit deutschen Banknoten ist den Alliierten nicht gedient — und die Abschätzung der Sachleistungen spielen eine nicht minder große Rolle.

Das merkwürdige Abenteurer über die Abschätzung der bisherigen Leistungen Deutschlands muß uns für die Zukunft als eine nicht zu übersehende Lehre dienen. Während die deutsche Regierung die bisherigen Sachleistungen auf 21 Milliarden abschätzte, behaupten die Alliierten, sie beliefen sich nur auf 8 Milliarden. Dieser unglaubliche Vorgang muß uns veranlassen, alle Abmachungen mit den Alliierten sehr vorsichtig auszuarbeiten. Wir zahlen vor allem in Waren. Es muß also zunächst eine Abschätzungsmethode geschaffen werden. Denn wenn es den Alliierten überlassen bleibt, den Preis der gelieferten Waren zu bestimmen, dann darf es uns nicht überraschen, wenn wir schließlich zweimal und dreimal mehr zahlen, als wir zu zahlen uns verpflichtet haben. Es wird auch notwendig sein, daß künftig vor der Lieferung der Wert derselben festgestellt wird und daß nur gegen die Urhandlung entsprechender Gutscheine die Leistung erfolgt. Es erscheint uns rätselhaft, warum das nicht schon geschehen ist.

Es wird in Zukunft um so mehr Vorsicht am Platze sein, als ein erheblicher Teil der Sachleistungen in

Wiederaufbauarbeiten im zerstörten Gebiet

bestehen wird. Wohl sträuben sich noch die französischen Unternehmer dagegen. Sie schilbten bisher vor, daß die Einwohner Nordfrankreichs gegen die Anwesenheit deutscher Arbeiter protestieren würden. Erhebungen von bürgerlicher Seite wie von den Gewerkschaften im zerstörten Gebiet haben jedoch erwiesen, daß es sich nur um Worte handelt. Wir müssen also bei den künftigen Verhandlungen von vornherein erklären, daß wir bereit sind, die zerstörten Gebiete soweit wie möglich aufzubauen, aber weder geneigt noch in der Lage sind, den französischen Unternehmern und sonstigen Geschäftsmachern Milliardengewinne in die Taschen zu schieben. Wenn Briand sich über die Mißleistung der deutschen Unternehmer enttäuscht, dann hat er nicht minder Grund, sich zu enttäuschen, daß am Wiederaufbau bereits ungeheure Summen verdient worden sind, ohne daß eine entsprechende Leistung aufzuweisen wäre. Mit den zweifellos skandalösen Geminnen der deutschen Unternehmer werden wir schon selber aufräumen, wenn wir einmal die volle wirtschaftliche Freiheit wieder besitzen werden. Die „Siffé“ des Exsozialisten Briand kommt nur der Reaktion zugute. Hilfen wie drüben.

Die deutschen Arbeiter sind sich mit den französischen Arbeitern seit 16 Monaten völlig einig. Sie haben diese Einigung kürzlich in Genf bekräftigt. Es wäre ein ungeheurer Gewinn

für die Völkerverständigung,

wenn sich die sozialistischen Parteien Frankreichs, Englands Italiens Belgiens und Deutschlands in dieser konkreten Frage über ein gemeinsames Vorgehen verständigen würden. Eine gemeinsame Aktion zur Lösung des Problems der Wiederaufmachung würde von außerordentlicher Tragweite sein. Denn die Stärke der Chantabinnen aller Länder beruht heute vor allem auf der internationalen Untätigkeit der Arbeiter, die wieder eine Folge der Ekkaltung und der mangelnden Verständigung ist. Mögen die Italiener und ein Teil der Franzosen nach Moskau streben sie können unmöglich die Liebedienerei vor Moskau so weit treiben, daß sie der Reaktion im eigenen Lande die Steigbügel halten, indem sie eine Verständigung mit den deutschen Arbeitern ablehnen.

Von den deutschen Kommunisten erwarten wir freilich nicht so viel Einsicht. Aber sie sind in der deutschen Arbeiterklasse nur eine verantwortungslose, von dunkeln Mächten getriebene Minderheit. Sätten sie auch nur einen Funken politischer Einsicht, so könnten sie

angefichts des russisch-polnischen Friedens

nicht mehr ein Bündnis mit Sowjetrußland empfehlen. Der Friede, der Polen zuliebe zwei Tage vor der Abstimmung in Oberschlesien geschlossen wurde, liefert Polen nicht allein das rutenische Ölqualzinn, große Gebiete der ehemals russischen Ukraine, einen Teil Weißrußlands aus und überläßt, nach der Art des Pontius Pilatus, das kleine Litauen der polnischen Soldateska, ganz nach dem Vorbilde des Völkerbundes. Der Vertrag verzichtet ausdrücklich auf die freie Durchfuhr deutscher und östlicher Waren durch Polen nach Rußland. Es wird den Polen freigestellt, durch Erhebung von Son-

derfällen diese Durchfuhr zu unterbinden. Wohl gemerkt, es handelt sich nicht etwa um eine Klausel, die die Durchfuhr von Waren nach anderen Staaten, wie z. B. Frankreich betrifft. Nein. Das Recht die Durchfuhr zu verhindern, hat Sowjetrußland einzig für Deutschland und Oesterreich erteilt. Nun begriff man, was Lenin sagen wollte, als er kürzlich von einem Anschlag auf Sowjetrußlands an die Westmächte sprach: Handelsabkommen mit England, Unterbindung der deutschen Wareneinfuhr, Konzessionen an englische und amerikanische Kapitalisten. Der Weg ist klar genug gezeichnet. Wir haben allen Grund, die Augen offen zu halten, um zu sehen, wohin die Reise geht. J.-S.-S.

Die Lehrer und Minister Saenisch.

Die Presse der Rechten verlangt im angeblichen Interesse einer sachgemäßen Amtsführung die „Säuberung“ der wichtigsten preußischen Ministerien von ihren sozialistischen Ministern. Wie sehr sie sich damit in Widerspruch zu der Auffassung aller wirklich sachverständigen Kreise setzt, beweist ein Artikel des offiziellen Organs des Preussischen Lehrervereins, der „Preussischen Lehrerzeitung“, in dem es nach einer Feststellung, daß die alte Koalitionsmehrheit regierungsfähig geblieben sei, heißt:

Diese Tatsache ist für die preussische Lehrerschaft insofern von Bedeutung, als sie die Hoffnung haben darf, daß der erste Unterrichtsminister im Volkstaats ihr weiterhin erhalten bleibt. Es muß unumwunden anerkannt werden, daß Minister Saenisch in den zwei Jahren, in denen er das Schulschiff lenkt, durch sein unablässiges Bemühen, Schule und Lehrerschaft auf der Bahn freier Entwicklung vorwärts zu bringen, das Vertrauen der Lehrerschaft im weitesten Maß erworben hat. Zugänglich für jede gesunde Kritik, hat er durch persönliche Rücksichtnahme mit der Lehrerschaft die Brücke zu gegenseitiger Verständigung geschlagen und nicht nur in Worten, sondern durch die Tat einwandfrei bezeugt, daß ihm die Förderung des Schulwesens Herzenssache ist. In dem Bestreben, die Schule von den Fesseln früherer Abhängigkeit, Bevormundung und Unterwürfigkeit zu befreien und ihren Einfluß zu vergrößern, den sie als Trägerin der Volksbildung haben muß, um ihre Kulturmission im Volkstaats zu erfüllen, findet er die Lehrerschaft auf seiner Seite.

Allerdings ist ihm im Wahlkampf von den rechtsstehenden Parteien der Vorwurf gemacht worden, daß er mit seinen Neuzugängen in der Schule in den Schulbetrieb verwickelt habe; aber dieser Vorwurf gerichtet ihm nur zur Ehre. Wo an der Zukunft unsers Volkes gearbeitet wird, wo neue Pläne für die gemeinsame unterrichtliche Verfolgung der Jugend und Aufsteigsmöglichkeit nach Neigung und Fähigkeiten für sie vom Kindergarten bis zur Hochschule entworfen, erprobt und verwirklicht werden, da kann es keine Rücksicht geben, da muß Leben und Bewegung zu finden sein; sonst ist jeder Fortschritt, jeder Aufschwung ausgeschlossen. Gewiß sind hier und da Mißgriffe vorgekommen und Anordnungen getroffen worden, die sich nicht bewährt haben; aber wo in aller Welt kommen nicht Fehler und Irrtümer vor? Wo Neuland beackert wird, da werden Versuche angestellt, die oft fehlschlagen. Der Sammel, in Hoffnung ausgebreitet, ist nicht von Unkraut frei. Minister Saenisch ist kein Starthopf, der sich auf Nebenaktivitäten versteht und verzeihen läßt; sorgsam magt er das Gute ab und setzt das Bessere an die Stelle des Nichtbewährten. Zielbewußt hat er die Rippen umschifft, die ihn und sein Werk bedrohten; unter der Unruhe der Verhältnisse hat er das alte, mit neuer Ladung und neuer Mannschaft besetzte Schulschiff in ein Fahrwasser gesteuert, das nach menschlicher Berechnung eine glatte Weiterfahrt zu den Gestirnen des neuen völkstaatlichen Schulideals verspricht. Die preussische Lehrerschaft hat darum den aufrichtigen Wunsch, daß er auch weiterhin am Steuer der bleibt und die Forderungen der Neuzeit, die an Schule und Lehrer gestellt werden, verwirklicht.

So urteilt das offizielle Organ der preussischen Lehrer. Die Presse der Reaktion wird aber nicht aufhören, gerade die Schule als ausgezeichnetes Feld für ihre Geharbeit zu benutzen. Wie wenig es ihr dabei auf die sachliche Förderung des Schulwesens ankommt, das zeigt zur Genüge die „Preussische Lehrerzeitung“, die ausspricht, was die Lehrer der preussischen Volksschulen über die sozialdemokratische Schulpolitik denken. Was will es demgegenüber bedeuten, wenn in bürgerlichen Zeitungen immer wieder einzelne Lehrer über sozialdemokratische Mißwirtschaft krazeele. Zumeist sind es zudem nicht Volksschullehrer, sondern die akademisch „gebildeten“ Oberlehrer höherer Schulen, die für Volksschulen und Bedürfnisse der Volksmassen sehr wenig Verständnis besitzen, dafür um so mehr im akademischen Dünkel befangen sind. —

Die Briefe des Soldatenschinders.

Die Briefe, die der zu 6 Monaten Festungshaft verurteilte Hiller als Kompanieführer an den Vater des toten Helmhake richtete und gegen deren Besetzung er sich in der Schwurgerichtsverhandlung hegreißlicherweise sträubte, haben folgenden Wortlaut:

Dolzig, den 4. April 1915.

Wortter Herr Helmhake!

Hierdurch erlaube ich die kouriere Briefe, Sie von dem plötzlichen Absterben Ihres Sohnes, des Grenzfährters Karl Helmhake, in Kenntnis zu setzen. Der Arzt stellte blutigen Dünndarmstarrh fest. Wir verlieren in dem Dahingekleideten einen tüchtigen Soldaten und guten Kameraden, dessen Verlust wir schmerzlich betrauern. Seine Ueberreste ruhen auf dem Friedhof in Dolzig.

Hiller.

Leutnant und Kompanieführer.

Minister, den 25. Juni 1915.

Herrn Paul Helmhake

Berlin NW 5

Quigowstraße 124.

Auf Ihr Schreiben vom 15. Mai 15 an den Regimentskommandeur teilt Ihnen die Kompanie folgendes mit: Soweit für Ihren Sohn Pakete bei der Kompanie eingelaufen sind, sind sie denselben ordnungsgemäß ausgeschickt worden. Die Kompanie kann jetzt nicht mehr angeben, wieviel Pakete für ihn eingelaufen sind. Eine Postliste, wie im Frieden, kann im Kriege nicht geführt werden.

Während seiner kurzen Krankheit ist Ihrem Sohne die bestmögliche körperliche und ärztliche Pflege zuteil geworden. Wir betrauern in dem Verstorbenen einen tüchtigen Soldaten und guten Kameraden.

Hiller.

Oberleutnant und Kompanieführer.

Wie erinnerlich, bestand diese Frauern darin, daß Oberleutnant Hiller mit dem Unterarzt Dr. Müller darüber verhandelte, die Sache

so zu beschleunigen, daß man ihnen nicht an den Wunden fahren könne und daß man die Mannschaften zu bestimmen lichte, der Wahrheit zuwider auszusagen, daß Helmhake ordnungsmäßig versorgt worden sei.

Davon abgesehen, wurden die Selbstbriefe an die Angehörigen gefallener Soldaten durchweg nach Schema 17 hergestellt, was für den Soldatenschinder Hiller ein gewisser Milderungsgrund ist. Ein Gemeiner war im Kriege eben kein soviel wert, wie die beiden Badlerbogen, auf dem die Einberufung bewirkt und der Tod gemeldet wurde. —

Notizen.

Die Entscheidung über Oberschlesien. Wie „Beit Westfalen“ feststellt, wird die Entscheidung über Oberschlesien nicht vor Ende April getroffen werden können. Zuerst werde die Interalliierte Kommission in Oberschlesien Vorschläge über die Grenzen machen, in zweiter Linie werde alsdann die Vorkonferenz darüber beraten, und wenn nötig, werde der Oberste Rat an den Schiedspruch der Regierungen appellieren. —

Das Autonomiegesetz für Oberschlesien. In der sicheren Erwartung, daß Oberschlesien nach dem Ergebnis der Abstimmung ungeteilt beim Deutschen Reich verbleiben wird, hat das Reichskabinett den Reichsminister des Innern beauftragt, die Vorbereitungen für das obereschlesische Autonomiegesetz in Angriff zu nehmen. —

Wie die Raben gestohlen. Im Anhaltischen Landtag verlangte eine kommunistische Anfrage die Anwendung der Rapp-Minnehle auf 30 bis 40 Leute, die in das Haus eines Fabrikdirektors eingedrungen waren und wie die Raben gestohlen hatten. Die Kommunisten waren schließlich so einsichtig, keine Besprechung der Angelegenheit zu beantragen. —

Schlewig-Holstein im Staatrat. Der Provinziallandtag wählte als Vertreter Schleswig-Holsteins in den Staatrat den Genossen Mehlmann (Speyer (Riel)); als Stellvertreter unsere Genossen Hägermeister Brauer (Lübeck); von bürgerlicher Seite: Oberbürgermeister Dr. Pohlen (Flensburg) und Generallandchaftsdirektor Rarow. —

Notenwechsel über den Flugzeugbau. Zwischen der Interalliierten Kontrollkommission und dem Auswärtigen Amt hat ein Notenwechsel über die Herstellung von Fluggeräten in Deutschland stattgefunden. Auf eine Note vom 17., in der die Kommission einmal die in Voulagne beschlossene und Deutschland durch eine Note vom 28. Januar mitgeteilte Entscheidung betont, daß die Herstellung von Flugzeuggeräten noch verboten ist, hat das Auswärtige Amt am 20. März erwidert, daß die deutsche Regierung nach wie vor auf dem Standpunkt steht, daß die Sperrfrist am 10. Juli 1921 (sechs Monate nach der Friedensratifizierung) abgelaufen ist. Die Regierung wiederholt ihr Angebot, den Streitfall einem Schiedsgericht zu unterbreiten. —

Anschläge in Italien. Von den in Mailand verhafteten 200 Kommunisten haben einige ihre Beteiligung an dem Attentat zugestanden. Bisher ist es noch gelungen, die Urheber des Bombenanschlags auf das Mailänder Diana-Theater zu ergreifen. Die Bombenanschläge gegen Eisenbahnbrücken und -strecken nehmen ihren Fortgang. So wurde eine Eisenbahnbrücke bei Triemastie mit Dynamit zu sprengen versucht, der Anschlag mißlang aber. Ferner wurde bei der Station Tania ein Teil der Eisenbahnstraße in die Luft gesprengt. Ein Schnellzug konnte noch rechtzeitig gebremst werden. In Ferrara und Perola fanden schwere Zusammenstöße zwischen den Kommunisten und den Nationalisten statt. Man schied sich gütlich die Verhaftungslafete an, in beiden Städten behielten die Nationalisten die Oberhand. In Perola fanden große nationalistische Umzüge statt; die Stadt trägt Flaggenschmuck. —

Depechen.

Verstärkter Belagerungszustand.

* Halle, 20. März. Hier ist gestern der verstärkte Belagerungszustand verkündet worden. Die Vollzeitsunde wurde auf 9 Uhr abends festgesetzt, jedes Betreten der Straße von 9 Uhr abends bis 4 Uhr morgens verboten. Die Theater mußten schließen. Der Schiffsverkehr auf der Saale wurde unter sagt. Oberpräsident Hüring hat allen Ausländern, die keine feste Wohnung und keinen dauernden Erwerb in der Provinz Sachsen haben, befohlen, die Provinz sofort zu verlassen. Zu der Nacht zum Ostermontag sind in Halle etwa 200 Personen verhaftet worden, darunter ein gewisser Paul Jakob aus Ammendorf, dem die beiden letzten Eisenbahnattentate in der Nähe von Halle zur Last gelegt werden. Er wird von mehreren Staatsanwaltschaften hegreißlich gesucht, da ihm zwei Raubmorde zur Last gelegt werden. —

Jugrebistion Berlin—Halle.

L. U. Halle, 28. März. Die Jüge Berlin—Halle trafen gestern mit sieben bis achtstündiger Verpätung ein. Nach Angabe von Reisenden sollen mehrere Personenzüge beschossen worden sein. Jugendliche Burichen, mit Gewehren bewaffnet, revidierten die Jüge nach Vollzeitsbeamten. Ein Zug mußte infolge heftiger Weichung nach Wittenberg zurückkehren. —

18 Tote.

L. U. Essen, 20. März. Die Kommunisten hatten am Sonntag ihre Anhänger durch Flugblätter aufzufordern, zu den Waffen zu greifen und die Betriebe zu besetzen. In den Flugblättern hieß es, daß Berlin sich der kommunistischen Bewegung angeschlossen hätte. Am Montag um 4 Uhr nachmittags war eine große Massenkundgebung nach dem Kopstadtplatz ange setzt. Die Polizei hatte den Kopstadtplatz aber bereits um 3 Uhr abgeperrt. Um 1/2 5 Uhr kam es zu einem Zusammenstoß zwischen der Schutzpolizei und den Kommunisten. Es gab Tote und Verwundete. Der Polizei gelang es schließlich, die Massen abzu drängen. Später trat wieder Ruhe ein. Das ganze Stadtinnere wurde abgeperrt. Von welcher Seite der erste Schuß gefallen ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Nach Mitteilung von amtlicher Seite waren bis 8 Uhr abends folgende Opfer festgesetzt: auf seiten der Schutzpolizei drei Tote und neun Verwundete, darunter ein Leutnant, auf seiten der Demonstranten fünfzehn Tote und 24 Verwundete. —

Mundtortmachung der deutschen Presse.

L. U. Rattowiß, 28. März. Nach der „Liedutschen Morgenpost“ in Weuthen, dem „Oberschlesischen Wanderer“ in Gleiwitz, der „Eppelner Zeitung“ in Eppeln, dem „Oberschlesischen Anzeiger“ in Ratibor sind nunmehr auch die „Oberschlesische Volksstimme“ in Gleiwitz, der „Oberschlesische Kurier“ in Königshütte und der „Volkswille“ in Rattowiß verboten worden, die beiden letztgenannten Blätter bis zur Aufhebung des Belagerungszustandes. Das Verbot der erstgenannten vier Zeitungen ist auf 10 bis 15 Tage erfolgt. Hiermit ist fast die gesamte obereschlesische deutsche Presse von Bedeutung verboten und auch die Reichspresse darf nicht nach Oberschlesien herein. Ein Teil der obereschlesischen Presse, nämlich der in den Gebieten des Belagerungszustandes, steht außerdem unter Zensur. —

1. Beilage zur Volksstimme.

Nr. 73.

Magdeburg, Mittwoch den 30. März 1921.

32. Jahrgang.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 29. März 1921.

Die Mitteldeutsche Ausstellung.

Die allgemeine Industriewerbung zur Beschickung der Mitteldeutschen Ausstellung für Siedlung, Sozialfürsorge und Arbeit, die vom 15. Mai bis 15. Oktober 1922 in Magdeburg auf dem sogenannten Neuen Platz stattfindet, ist in diesen Tagen in Angriff genommen worden.

Die Ausstellung erstrebt die Förderung der Siedlung und Wohnbautätigkeit durch vorbildliche Musterbeispiele, die Förderung der Volkswohlfahrt durch Ausflüge und Verneuerung des Verkehrs für die Förderung einer zeitgemäßen Sozialfürsorge und die Weibung der deutschen Arbeit durch eine Beleuchtung der heimischen, insbesondere der mitteldeutschen Wirtschaftsprobleme.

Die Ausstellung gliedert sich in die folgenden Abteilungen und Gruppen: 1. Abteilung Siedlung mit den Gruppen: 1. Musterbelegungen; 2. Das Wohnhaus; 3. Gärten und Gartenwirtschaft; 4. Haus- und Kleintierzucht; 5. Gewerbliche Warten; 6. Baugeschichte und Baumineralogie. 2. Abteilung Sozialfürsorge mit den Gruppen: 1. Säuglings- und Kleinkinderfürsorge; 2. Jugendfürsorge; 3. Fürsorge für Kranke und Gebrechliche; 4. Versicherungsweisen; 5. Kriegsbeschädigtenfürsorge; 6. Bekämpfung übertragbarer Krankheiten; 7. Heilwesen; 8. Ueberwachung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genussmitteln; 9. Volkswohlfahrtspflege. 3. Abteilung Arbeit mit den Unterabteilungen: 1. Das Arbeitswesen; 2. Wohlfahrtswirtschaft; 3. Verkehrsweisen; 4. Kommunalwirtschaft; 5. Magdeburger Industrie. 4. Abteilung Sonderausstellungen: 1. Die Frau; 2. Das Handwerk; 3. Kunst und Kunstgewerbe; 4. Dorf- und Waldschule; 5. Friedhofskunst; 6. Sport und Spiel.

Die Beschickung der Ausstellung unterliegt nach Herkunft der Ausstellungsgegenstände bei den Abteilungen Siedlung und Sozialfürsorge sowie bei den Sonderausstellungen keiner dringlichen Beschränkung. Die industrielle Werbung für die 3. Abteilung Arbeit bleibt jedoch auf das mitteldeutsche Wirtschaftsgebiet beschränkt. Abweichungen von dieser Beschränkung sind zulässig, insbesondere zur Veranschaulichung bestimmter Wirtschaftsprobleme.

Die allgemeinen Einladungen zur Beschickung der Ausstellung werden Magdeburger Interessenten kurz nach den Osterferien zugehen. Bei der Wichtigkeit, die die Veranstaltung der Mitteldeutschen Ausstellung für das heimische und mitteldeutsche Wirtschaftsleben hat, wird erwartet, daß sich insbesondere Magdeburger Industrie, Handel und Gewerbe geschlossen beteiligen. Eine alsbaldige Entschickung und Einreichung der Anmeldung ist dringend erforderlich, da vor Inangriffnahme der Bauausführungen der einzelnen Ausstellungen fallen ein ungefähres Ueberblick über den Umfang der Beteiligung gewonnen werden muß. Anmeldungen zur Ausstellung und Anfragen wegen Beteiligung liegen, trotzdem die allgemeine Werbung noch nicht aufgenommen war, von Magdeburger und auswärtigen Firmen bereits in großer Zahl vor, so daß mit einer recht günstigen Entwicklung der „Miaua“ gerechnet werden kann.

Wie die Angestellten radikalisiert werden.

Der Geschäftsführer des Werksmeisterverbandes schreibt uns: Unter obiger Ueberschrift erschien in der „Magdeburger Zeitung“ ein langer Artikel, den ich im nachstehenden etwas näher betrachten möchte:

Der Verfasser betont, daß von dem Vorbild der Kreue dieser Angestellten-Gruppe die Leitung der Arbeiterschaft abhängt. Er ist der Meinung, daß diese ihrer Herkunft und sozialen Stellung nach im Marxismus und Kommunismus ihre Kultur ideal nicht erblicken können. Er stellt nun weiter die Frage: Woher denn nun die Gefolgschaft hinter den unabhängig-sozialistischen und kommunistischen Führern im Allgemeinen freien Angestelltenbund läme und antwortet darauf, daß diese auf der planmäßigen mehr oder minder gewaltsamen, aber immer beschleunigten Methode der Führer des Angestelltenbundes beruht. Hierauf heißt es: „Wohl strömten die Massen nach dem 9. November 1918 in die freien Gewerkschaften, mehr aus materiellen, kaum aus idealen Gründen. Aber die Hunderttausende konnten sie damals nur gewinnen mit dem Verneinung zur „parteilich-neutralen“ Haltung, wenn es auch für die Führer nur ein Lippenbekenntnis war.“ Hierzu möchte ich bemerken und mit aller Entschiedenheit betonen: Die Angestellten-Organisationen, die sich im Februar zusammengeschlossen haben, sind wirklich parteipolitisch neutral, nicht nur mit dem Munde, sondern in voller Wirklichkeit. Wenn die sogenannten bürgerlichen Verbände immer wieder darauf zurückkommen, daß der Abend ein sozialistischer Angestelltenverband ist, so können wir mit demselben Rechte behaupten, daß der Gewerkschaftsbund deutscher Angestelltenorganisationen mit der Deutschen Volkspartei identisch ist. Nun entsteht für einen Arbeitnehmer die Frage: Welche Parteien vertreten die Arbeitnehmerinteressen in den Parlamenten, die sozialistischen Parteien, oder die Deutsche Volkspartei? Der Gewerkschaftsbund deutscher Angestelltenorganisationen wird selbst nicht behaupten wollen, daß die Deutsche Volkspartei bis heute Arbeitnehmerinteressen wirklich vertreten hat.

Die Frage, warum die große Zahl der Angestellten in die freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen hineingegangen ist, kann man klar und deutlich dahin beantworten: Weil sie einsehen haben, daß das Kapital von seiner Macht freiwillig nie und nimmer auch nur einen Bruchteil abtreten wird. Die Gegner in den bürgerlichen Verbänden behaupten, daß die freien Gewerkschaften deshalb nicht parteipolitisch neutral sein könnten, weil sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und sich zum Sozialismus bekennen. Die Tatsache, daß in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung alle Arbeitnehmer auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, wird auch von den bürgerlichen Verbänden nicht geleugnet werden können. Es kommt also nur darauf an, ob wir die Angestellten über diese Tatsache hinwegtäuschen, oder aussprechen sollen, was ist.

Wir haben die Klasse der Eigentümer der Produktionsmittel des Grund und Bodens, der Bergwerke, der Fabriken, des Verkehrs, der Häuser und des Finanzkapitals, und wir haben die Klasse der Besitzlosen, die nur über ihre Arbeitskraft verfügen, die sie an die Besitzer der Produktionsmittel zu verkaufen gezwungen sind. Das Bestehen dieser beiden Klassen bedingt, daß unser Arbeitsleben ein Klassenkampf ist.

- Die freien Gewerkschaften der Angestellten fordern
- a) die rückhaltlose Anerkennung des Vorrangs des arbeitenden Menschen vor dem toten Besitz;
 - b) die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens auf Kosten der Gesamtheit;
 - c) die Kontrolle der Warenerzeugung und -verteilung;
 - d) die gemeinwirtschaftliche Ordnung der Wirtschaftsführung;
 - e) die Vöbestimmung der Arbeitnehmer in allen Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Zur gemeinsamen Durchführung dieser Ziele und Forderungen und zur gegenseitigen Unterstützung in wirtschaftlichen und sozialen Kämpfen haben sich die freien Gewerkschaften der

Angestellten Deutschlands in dem Allgemeinen freien Angestellten-Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen. Können die Angestellten draußen im Reich erkennen, daß es dem Kapital ganz gleich ist, ob es Juden, Heiden oder Christen, Schwarze, Weiße, Blau oder Rot zu Füßen hat und seinen Zwecken dienbar macht, daß es ihm aber nicht gleich ist, ob es mit einer starken, geschlossenen und in sich einigen Arbeitnehmerorganisation zu tun hat oder mit einer abgeplitterten Gruppe von Leuten, die unter Umständen auf Geheiß ihrer Führer bereit sind, gegen die eigenen Arbeitskollegen Front zu machen. Vereinzelt nicht, vereinigt alles, nur so werden wir stark und kräftig bleiben und damit uns der Allgemeinheit und dem Volkswohlfahrt dienen und endlich dahin kommen, daß die schaffende und schöpferische Tätigkeit unserer arbeitenden Volksmassen in Zukunft nicht nur Kapitalzentren schafft, sondern der Gesamtheit des Volkes Glück und Wohlfahrt bringt. —

Das letzte Wort

über Deutschlands Gesicht wird der Sozialismus sprechen. Wer die Zukunft verstehen will, muß die Ereignisse vom sozialistischen Standpunkt aus verfolgen. — Darum ist es für jedermann notwendig, Abzennet der

Volksstimme

zu werden. In keiner Familie darf sie fehlen. Sie ist das wichtigste geistige Nahrungsmittel zur Aufklärung der Massen, zur Vertiefung der sozialistischen Gedankenwelt, zur Sammlung der proletarischen Truppen im geistigen Entschheidungskampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Der Sieg kann nicht zweifelhaft sein, die größere Macht

hat das Proletariat

Werbt und sammelt neue Kämpfer!

— Die Osterfesttage haben nicht ganz gehalten, was man sich von ihnen versprach. Es war an beiden Festtagen fürmlich; dunkle regenschwangere Wolken ballten sich drohend am Firmament, zeitweise begann es langsam zu tröpfeln; zu einer kräftigen Entladung, die manchem neuen Frühlingshut zum Verhängnis wurde, kam es aber erst am ersten Feiertag abend. Lange hielt der auch von den Landwirten und Schrebergärtnern ersehnte Regen jedoch nicht an. Trotz des unfreundlichen Wetters ließ es die Bevölkerung sich nicht nehmen, in hellen Scharen zu Fuß, Rad und Wagen hinaus zu eilen in die freie Natur, wo man sich dem ersten knospenden Grün in Feld und Wald erfreuen konnte. In der Annahme, daß das vor Ostern herrschende warme Wetter auch die Feiertage über anhalten würde, hatten die Garten- und Lokalbesitzer außerhalb der Stadt große Vorbereitungen für die Gäste getroffen. Sie erwiesen sich jedoch als zum Teil überflüssig, da ein Aufenthalt im Freien bei einer Temperatur von nur 6 Grad über Null, nicht ganz ohne Gefahr für die Gesundheit möglich war. Immerhin war der Besuch in den Gaststätten ansehnlich wie innerhalb der Stadt ein guter. Ebenso war der zu Ostern errichtete Kummelplatz auf dem kleinen Cracauer Anger, trotz der darüber hinweggehenden Staubwolken, das Ziel vieler Tausender. Der allgemeine Mangel an wirklichen oder fiktiven stammenden Ostereiern hatte zur Folge, daß die Konfekt- und Schokoladengeschäfte geradezu überlaufen wurden. — Ein frühliches Osterfest war es freilich nicht, dazu sind es der Sorgen zu viele, die heute die Menschenherzen erfüllen. Aber in Magdeburg selbst, wie im ganzen Verbreitungsgebiet der „Volksstimme“ ging es wenigstens ohne sonstige Zwischenfälle ab. Und das ist heute auch schon etwas. —

— Ermäßigung des Weizenpreises. Nachdem die Wochenmenge des für Haushaltswende abgegebenen amerikanischen Weizenmehls (Nochmehl) von dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft im Februar auf 200 Gramm erhöht worden ist, wird nunmehr, wie wir erfahren, mit Wirkung vom 16. März ab die Ausmahlung dieses Mehls auf 70 Prozent herabgesetzt. Gleichzeitig wird die Reichsgetreidestelle infolge günstigerer Einfäufe in der Lage sein, den Preis des amerikanischen Weizenmehls den Kommunalverbänden mit nur 625 Mark für das Kilogramm zu berechnen. Die Kommunalverbände sind angewiesen, die Zuschläge zur Dedung ihrer Unkosten und für den Kleinhändler auf das Notwendigste zu beschränken, damit der Verbraucher für ein Pfund amerikanischen Weizenmehls möglichst nicht mehr als 2,50 Mark zu zahlen hat. —

— Kaufmännische Pflicht-ortbildungsschule. Nach § 3 des Gesetzes über die kaufmännischen Pflicht-ortbildungsschule vom 13. April 1920 sind zum Besuch dieser Schule verpflichtet alle im Staatsgebiet Magdeburg beschäftigten männlichen und weiblichen Angestellten und Hilfspersonen des Handels und Verkehrsgewerbes, sowie die männlichen und weiblichen Personen, die Schreibarbeiten bei Reichs-, Landes- und Gemeindebehörden und -betrieben und in sonstigen Körperchaften und privaten Unternehmungen verrichten, und zwar bis zum Ablauf des Schuljahres, in dem sie das 17. Lebensjahr vollenden. Diese Verpflichtung erstreckt sich auch auf die Probezeit und die Zeit der Arbeitslosigkeit. Die Reichs- für die Obersekunda bereitet nicht mehr von der Fortbildungsschulpflicht. Es haben sich daher alle männlichen Personen, die in einem der angegebenen Betriebe beschäftigt werden und am 1. April 1921 und später geboren sind, von 8 bis 11 Uhr vormittags oder 3 bis 5 Uhr nachmittags im Schulgebäude Grüne Armstraße 14 zur Aufnahme zu melden. Von den weiblichen kaufmännischen Angestellten kommen nur diejenigen zur Einschulung, die vom 1. April 1908 bis 30. September 1907 geboren sind; ihre Aufnahme findet am 11. 12. und 13. April d. J. von 8 bis 11 Uhr vormittags oder 3 bis 5 Uhr nachmittags im Schulgebäude Bismarckstraße 1a statt. Verpflichtet zur Anmeldung ist nur der dem Schlichter bzw. der Schlichterin der Arbeitgeber. Die Nichtanmeldung zieht polizeiliche Bestrafung nach sich. —

— Bestimmungen über das Tragen von Waffen. Es wird folgendes verordnet:

§ 1. Das Tragen von Stof-, Stief- und Schußwaffen ist verboten.

§ 2. Von dem Verbot des § 1 sind ausgenommen:

1. Personen, welche kraft ihres Amtes oder Berufes zur Führung von Waffen berechtigt sind,
2. Personen, welche sich im Besitze eines Jagdscheines befinden, begünstigt der zur Ausübung der Jagd dienenden Waffen,
3. Personen, welche einer für sie ausgestellten Waffenschein bei sich führen, betreffs der im denselben bezeichneten Waffen.

§ 3. Ein Waffenschein wird auf schriftlich begründeten Antrag durch den Vorstand der Ortspolizeibehörde kostenfrei erteilt, wenn der Antragsteller glaubhaft darzulegen hat, daß er auf Grund besonderer persönlicher Verhältnisse zum Schutze seiner Person oder seiner Angehörigen einer Waffe bedarf. Die Ausstellung eines Waffenscheines rechtfertigende Verhältnisse liegen insbesondere vor bei einer außer halb geschlossener Ortschaften befindlichen Wohnung, oder Postlage, sowie beim Bestehen einer durch frühere Ereignisse oder durch die Art der beruflichen Tätigkeit begründeten erhöhten Gefahr des Einbruchs, der Verabreichung oder des tätlichen Angriffs auf die Person des Antragstellers oder seines Hausangehörigen. Die persönliche Zuverlässigkeit des Antragstellers allein rechtfertigt die Erteilung eines Waffenscheines nicht.

§ 4. Waffenscheine dürfen nur für Jagdgewehre, Revolver und Pistolen unter ausdäckerlicher Ausnahme aller unter das Gesetz über die Entwertung der Bevölkerung vom 7. August 1920 (Reichsgesetzblatt S. 1668) fallenden Waffen ausgestellt werden. Sie können den Inhabern jederzeit wieder entzogen werden.

§ 5. Alle den vorstehenden Bestimmungen nicht entsprechenden oder vor dem 25. August 1920 ausgestellten Waffenscheine sind ungültig.

§ 6. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Polizeiverordnung werden mit einer Geldstrafe bis zu 60 Mark, an deren Stelle im Falle des Unvermögens eine verhältnismäßige Haftstrafe tritt, bestraft.

§ 7. Mit dem Inkrafttreten dieser Polizeiverordnung werden die bezüglichen Kreis- und Ortspolizeiverordnungen außer Wirksamkeit gesetzt.

— Verhaftete Kommunisten. Auf Anordnung des Oberpräsidenten wurden die Kommunisten Damm, Bötzger und Große verhaftet, weil sie öffentlich zur Unterstützung des Aufstandes im Ruhrgebiet aufgefordert haben. Der Kommunist Cruz wurde in Schuchhaft genommen. —

— Frauenversammlung am Donnerstag abends 7/8 Uhr bei Frau Dr. Kuyper spricht über: „Frauenmischsammlung.“ Bei der Wichtigkeit des Vortrags wird zahlreicher Besuch erwartet. Ortsausgang für Arbeiterwohlfahrt.

— Malzeitung 1921. Während im Vorjahr der Kampfbüch die rechtzeitige Herstellung der geplanten „Malzeitung“ verhindert, so daß nurgezogen die Nummer von „Volk und Zeit“ zum Erscheinen herangezogen werden mußte, läßt der Parteivorstand in diesem Jahre wieder eine eigene Malzeitung für die Partei bei der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, erscheinen. Bei einem Umfang von 16 Seiten und in Text und auf gutem Papier hergestellt, wird sie sich sowohl inhaltlich als auch durch ihren reichen künstlerischen Schmuck den besten früheren Malzeitungen zum Wettbewerb würdig anstellen. Den Malgedanken feiern eine Reihe rückschauender und zielweisender Beiträge namhafter Genossen. Im besondern findet der 1. Mai in seiner Beziehung zu den Frauen eine ausführliche Behandlung, ferner auch die sich aus ihm für unsere arbeitende Jugend ergebenden Forderungen und Ziele, worüber Genosse G. R. Müller (Magdeburg) schreibt. Die Malzeitung gibt in Wort und Bild Zeugnis von dem schweren körperlichen und geistigen Schaffen unsers Volkes und steht naturgemäß unter dem Zeichen der für Deutschland so hart verlaufenen Londoner Konferenz. Niemals tat es mehr not, den alten Kampf- und Befreiungskampf „Proletariat aller Länder, vereinigt euch!“ dringlicher in die Welt hinaus zu schreien, als jetzt. Daß er seine Wirkung nicht verfehlt, dafür muß die Klassenbewusste Arbeiterschaft durch eine massenhafte Verbreitung der Malzeitung selbst sorgen, die auf ihres reichlichen Inhalts und ansprechenden Neuern überall guter Aufnahme sicher ist. Die Malzeitung ist von der Buchhandlung Volksstimme zu beziehen. —

— Nachtrag zum Angestelltenarbitr verbindlich erklärt. Vom Allgemeinen freien Angestellten-Bund, Ortsarbitr Magdeburg, wird mitgeteilt: Der Nachtrag vom 8. Dezember 1920 zum Allgemeinverbindlichen Angestelltenarbitr vom 21. Januar 1920 ist durch Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 16. März 1921 mit Gültigkeit vom 1. November 1920 ab für allgemein verbindlich erklärt worden. Sämtliche Arbeitgeber, ganz gleich ob sie einem Arbeitgeberverband angehören oder nicht, sind zur Zahlung der ab 1. November 1920 allg. Tarifgehälter verpflichtet. Wo tarifliche Regelung nicht erfolgte, wollen die betroffenen Angestellten dies der „Mia“, Große Mühlstraße 7, zur Kenntnis bringen. —

— Angestelltenratwahlen beim Wolf-Konzern. Außerordentlich gute Ergebnisse zeigten die Angestelltenratswahlen bei den R.-Wolf-Werken, A.-G. In den Magdeburger Werken erhielten bei 90 Prozent Wahlbeteiligung Liste 1 (G. d. A.) 131 Stimmen 1 Sitz, Liste 2 (Mia) 711 Stimmen 9 Sitze, Liste 3 (G. L. A.) 127 Stimmen 1 Sitz, Liste 4 (leitende Angestellte) 56 Stimmen keinen Sitz! Im Werk Aischersleben wurden bei 97 Prozent Wahlbeteiligung abgegeben für Liste 1 (G. d. A.) 33 Stimmen 1 Sitz, Liste 2 (Mia) 159 Stimmen 5 Sitze, Liste 3 (G. L. A.) 36 Stimmen 1 Sitz. Die Betriebsräte sind somit nur durch Mia-Mitglieder besetzt. Diese Wahlen zeigen mit aller Klarheit, daß die im Allgemeinen freien Angestelltenbund (Mia) vereinigten freien Gewerkschaften immer mehr Vertrauen und somit Einfluß gewinnen, während die Bedeutungslosigkeit der Harmonieverbände wie Deutschnationaler Handlungsschiffenverband und Gewerkschaftsbund der Angestellten immer größer wird. —

— Neue Postgebühren. Die neuen Postgebühren, die am 1. April in Kraft treten, bringen, abgesehen von der Erhöhung der Postgebühren, einige wesentliche Neuerungen. So wird der Ortsbrief wieder einseitig. Es müssen demnach frankiert werden: Postkarten im Ortsverkehr mit 30 Pfg. im Fernverkehr mit 40 Pfg. Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm mit 40 Pfg., über 20 bis 250 Gramm mit 60 Pfg. Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm mit 60 Pfg., über 20 bis 100 Gramm mit 80 Pfg., über 100 bis 250 Gramm mit 120 Pfg. Eine Neuerung sind auch die Druckfaden-Karten, die 10 Pfg. kosten. Als solche werden zugelassen Karten ohne die Angabe „Postkarte“ bis zur Größe der amtlichen Postkarte, die nur gedruckt oder auf mechanischen Wege vervielfältigter Text oder solche Abbildungen enthalten. Ebenfalls neu sind sogenannte Grußkarten, d. h. Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche höfliche Formeln mit höchstens fünf Wörtern niedergeschrieben sind und die nur mit 15 Pfennig frankiert zu werden brauchen. Ansichtskarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkartengebühr. Auch die Telekommunikation werden erhöht. Am inner-

Sport und Spiel.

Gegen politischen Eiert im Arbeiterport.

Die im Arbeiter-Turn- und Sportbund organisierten Turner und Sportler der Mark Brandenburg...

Vor zwei Jahren hatte sich der Kreistag in Kottbus noch für die Diktatur des Proletariats und ähnliche Forderungen ausgesprochen...

Aus dem Bericht des Kreisvertreter Bleske ging hervor, welche guten Fortschritte die Arbeiter-Sportbewegung...

Der Bundesvorsitzende Gellert konnte berichten, daß im Bunde jetzt 4800 Vereine mit 460 000 Angehörigen vorhanden sind...

Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm das Kreisturnfest in Guben sowie der Reichs-Arbeiter-Sporttag ein...

Fußball.

Fußball Fichte I gegen Weißhof I (3:1). Das Spiel beginnt mit dem Anstoß...

Fichte I gegen Verein für Bewegungsspiele II (2:0) für V. F. B. Am 2. Oherstag...

Freie Turner II gegen Verein für Bewegungsspiele II (2:0) für V. F. B. Am 2. Oherstag...

Freie Turner Südost I gegen Klein-Otterleben I (5:0) (4:0). Klein-Otterleben hat Anstoß...

Freie Turner Südost I gegen Klein-Otterleben I (5:0) (4:0). Klein-Otterleben hat Anstoß...

Sportfreunde I - Aktoria I Berlin (1:3 - 0:0). Der Bezirksmeister spielte am 1. Oherstag...

Sportfreunde I - Johannisthaler Sportfreunde 1908 I (2:1 - 0:1). Am 2. Oherstag...

Freie Turner II gegen Verein für Bewegungsspiele II (2:0) für V. F. B. Am 2. Oherstag...

Freie Turner Südost I gegen Klein-Otterleben I (5:0) (4:0). Klein-Otterleben hat Anstoß...

Freie Turner Südost I gegen Klein-Otterleben I (5:0) (4:0). Klein-Otterleben hat Anstoß...

Freie Turner Südost I gegen Klein-Otterleben I (5:0) (4:0). Klein-Otterleben hat Anstoß...

Freie Turner Südost I gegen Klein-Otterleben I (5:0) (4:0). Klein-Otterleben hat Anstoß...

Freie Turner Südost I gegen Klein-Otterleben I (5:0) (4:0). Klein-Otterleben hat Anstoß...

Freie Turner Südost I gegen Klein-Otterleben I (5:0) (4:0). Klein-Otterleben hat Anstoß...

Freie Turner Südost I gegen Klein-Otterleben I (5:0) (4:0). Klein-Otterleben hat Anstoß...

Freie Turner Südost I gegen Klein-Otterleben I (5:0) (4:0). Klein-Otterleben hat Anstoß...

Freie Turner Südost I gegen Klein-Otterleben I (5:0) (4:0). Klein-Otterleben hat Anstoß...

Freie Turner Südost I gegen Klein-Otterleben I (5:0) (4:0). Klein-Otterleben hat Anstoß...

deutschen Verkehr kostet das Wort 30 Pfg., ein Telegramm mindestens Mark.

gegen die Krebskrankheit. Der Krebs ist eine schwere, in den letzten Jahrzehnten immer mehr hervortretende Volkskrankheit.

Postfachdienst. Bei den Postanstalten in der Altstadt und in den Stadtteilen...

Verzeichnisse der Bauarbeiter. Diese Verzeichnisse müssen bis zum 1. April eingereicht werden.

In der Freibank im Schlachthof wird am Donnerstag den 31. März...

Internationaler Meisterring-Wettbewerb im Judo. Die Resultate der Kämpfe...

Selbstmordversuch. Am Dienstag morgen verfuhrte sich das Dienstmädchen...

Automobil-Unfall. Angeblich durch Verlegen der Steuerung verunglückte am 2. Oherstag...

Verhaftungen. Zwei diebische Schwestern, beide hier zusammen bei einer Familie...

Verhaftungen. Zwei diebische Schwestern, beide hier zusammen bei einer Familie...

Verhaftungen. Zwei diebische Schwestern, beide hier zusammen bei einer Familie...

Verhaftungen. Zwei diebische Schwestern, beide hier zusammen bei einer Familie...

Verhaftungen. Zwei diebische Schwestern, beide hier zusammen bei einer Familie...

Verhaftungen. Zwei diebische Schwestern, beide hier zusammen bei einer Familie...

Verhaftungen. Zwei diebische Schwestern, beide hier zusammen bei einer Familie...

Wiederbeginn neben die Kisten durch Einfließen einer Ede in Föhrung...

Turner.

Wettkampfsport im Stadion. Am 1. Oherstag ausgetragen wurden, seitdem folgendes Resultat...

Athletik.

Sportfest. Am ersten Oherstag fand im 'Kornthaus', Leipzig, das vom Sturm- und Ringklub...

Radfahrer.

Von der Radrennbahn. Trotz des stürmischen, unfeindlichen Wetters hatten sich...

Ein Bitte blinder Handwerker. Die blinden Gewerbetreibenden Magdeburgs haben sich zusammengeschlossen...

Wasserstände. Tabelle mit Wasserständen in verschiedenen Orten wie Parubitz, Brandeis, Reinitz...

Wettervorhersage. Mittwoch den 30. März: Unbeständig, kühl, Niederschläge in Schauern...

Verbands-Renalen. Gewerkschafts-Renalen Magdeburg. Sitzung des Bezirksbeirates...

Magdeburger Partei-Nachrichten. Sozialdemokratischer Verein. Vorstandssitzung...

Theater, Konzerte, Vorträge etc. Besprechungen. Konzert. Im 'Koffler' gab am ersten Oherstag...

Ankündigungen. Städtische Theater. Stadttheater: Mittwoch (7. Abend) Die verurteilte Glöck...

Städtische Theater. Stadttheater: Mittwoch (7. Abend) Die verurteilte Glöck...

Städtische Theater. Stadttheater: Mittwoch (7. Abend) Die verurteilte Glöck...

Städtische Theater. Stadttheater: Mittwoch (7. Abend) Die verurteilte Glöck...

Kukirol. beseitigt schnell, sicher und schmerzlos Hühneraugen. Homöopathische Salben u. Wunden. Homöopathische Salben u. Wunden.

Befennmachung.
Auf Grund des Artikels 24 Absatz 1 der Verfassung des Deutschen Reichs...

Verordnung.
Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 24. März 1921...

Verordnung.
Auf Grund der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 24. März 1921...

Der Polizeipräsident.
Magdeburg, 29. März 1921.
III A 325.

Regierungskommissar der Provinz Sachsen.
Magdeburg, 27. März 1921.
P. D. 22821.

Verordnung.
Der „Massenkampf“ für den Regierungsbereich...

Der Polizeipräsident.
Magdeburg, 29. März 1921.
III A 828.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltung Magdeburg.

Wichtig!
Mittwoch den 30. März, nachm. 4 1/2 Uhr, in der „Friedrichsplatz“, Leipziger Str. 52

Große Vertrauensmänner-Sitzung
Berichte-Vertrauensleute, Kartelldelegierte, Bezirksleitungen und Betriebsräte...

Donnerstag den 31. März, nachm. 4 1/2 Uhr,
im Lokal von August Graf, Steinhilberstraße 38

Versammlung
aller in den Eisenbahnerbetrieben beschäftigten und im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisierten Kollegen

Trockenes Brennholz
Pantlinsend all 581
Besort billigst frei Keller

Wils. Hohmann
Halberstädter Straße 20.

Ungeheuere und Arbeiter
groß. Betriebe bis 50 Wz.
tägl. Nebenverdienst. 5321

ff. Liköre
Spezialität:
Eier-Likör

Haar
Oehlstr. Kaiser-Otto-Ring 25.

Maillegeschirr
sowie Glas, Eisen u. dergl.
werden autogen geschweißt

Mähmaschinen,
Fahrräder, 7877
auch besetzt, laust Öle, Goldschmiedebrücke 5, 1.

Piano kauft sofort
Teleph. 2089.
8375] G. Golze, Pionierstr. 13.

Gesunde Futterrüben
und prima Neu
abzugeben. 8446

Müller, Fort 5,
Ede Lindenburg u. Griesenfr.
Treffen am Mittwoch
mit einer großen Auswahl
schmuder u.
starker
Ferkel u. Pölke

A. Schiller Nchf.
Salzopfer, Kurpfund, Augen,
ein Verkauf folgende Tage
bei niedrigster Preisstellung in
Reichs, Sieberstraße 1,
E. Weinberg, Tel. 2828, Biehl-
handlung, Bahnkap. frei

Oh!
Ein graues Haar!

20 Jahre länger
nach Gebrauch von
Expäpang I.
Das beste Haarfarbe-
mittel, weltberühmt u.
erprobt.
Karton 25.- Mk.

„Giatta“
bestes
Enthaarungsmittel.
Erfolg garantiert.
Karton 9.50 Mk.
Bel mir zu haben. 624

Haarfärben
in Kabinen
unter fachmännischer
Leitung.
Manikure
Fernruf 8352

Jungenieur oder Techniker
welcher über langjährige Erfahrung im Bau und in der Projektilierung elektrischer Niederspannungsvorstände und Transformatorenstationen verfügt, sowie ein Montage-Inspektor mit reichen Erfahrungen im Bau von Niederspannungsanlagen und Ausführung elektrischer Licht- und Kraftanlagen für Industrie und Landwirtschaft, für Akquisition und Montageleitung eines Laboratoriums, — Gefällige Angebote sind zu richten unter L. 893 an die Expedition der „Poststimme“, Magdeburg.

Frühstücks-Taschen
von
Mk. 4.25.
Schultaschen!
Mk. 8.50 an
Hugobohab
Magdeburg, Johannisbergstraße 2

Herren- Anzüge
Erfolg für Mad
Damen- Kostüme, -Mäntel
gegen bar und
780 Teilzahlung.
Biener & Chusid
Stimmelschtr. 22.

RINO-SALBE
bewährt bei
FLECHTEN/HAUTLEIDEN/OFFENEN FOSSEN
ALTEN WUNDEN/AUSSCHLAGEN/FROSTSCHÜDEN
Erdarbeiten in den Apotheken
RICH. SCHUBERT & CO. AMBRI
Weinböhl, Dresden

Saatkartoffeln
gute, Mittel- und Spätfrühen,
alle Sorten
Speisekartoffeln
Hermann Klutentreter, Magdeburg
311 Güterbahnhof Tor 6. — Telephon 1801.

Primo Stuhlrohr empfehlen
Gebr. Behrens,
Kruppenstr. 8.

Neueröffnung.
Eröffne heute in meinem Haus ein
Furage-Geschäft
und empfehle Heu, Stroh, Häcksel und andre Futtermittel. Befehle auf Wunsch frei Haus. (846)

Bruno Weigelt
M.-Neustadt, Neuhaldensleber Straße 46.
— Fernruf 5552. —

Pfand-Versteigerung!
Am Donnerstag, 7. April, von vormittags 10 Uhr an, sollen in meinem Geschäftstotal
Weinlaßstraße 5a, I
Nr. 47231 bis 50448
meines Pfandbuchs verzeichneten Gegenstände durch den vereidigten Auktionator Herrn Wesenthal öffentlich meistbietend versteigert werden.

A. Hülfenhaus
Lohnhaus, Weinlaßstraße 5a.
Erneuerungen nur bis
12. April 1921 mittags
12 Uhr. 8440

Möbel
in 4 Etagen!
Komplette
Schlafzimmer
von 1850 bis 9500 Mark
Wohnzimmer
von 1200 bis 4500 Mark
Speisezimmer
von 3450 bis 9500 Mark
Herrenzimmer
von 3000 bis 5500 Mark
aparte Küchen
von 670 bis 2800 Mark
in farbig und natur lackiert

Klubmöbel
Rorbmöbel
Einzelmöbel
Verkauf zu
soliden Preisen.
Auf Wunsch
bequeme
Zahlungsweise
mäßige Amortisation.
Spezialhaus f. Möbel-
Ausstattungen
A.

Friedländer
Magdeburg
Alte Ulrichstr. 11
Gegründet 1872
Verkauf nach allen Orten.

Zahle
jeden Preis
für neue und
gebrauchte Wäsche
Herren- und Damen-
Garderobe
Mäntel, Westen, Stiefel,
Uniformen und
Nachlässe
8218
Gruner Margareten-
straße 7
Telephon
2814.

Firnis
gar. reine Feinbläue
pro Kilo 15 Mk.
bei Fassbezügen billiger
Fritz Goericke
823 Lackfabrik
Magdeburg, Diven-
stedter Straße 25.
— Tel. 7204. —

Gehen Ihre
Uhren nicht?
Reparaturen jeder Art.
Fr. Pöllnitz, Uhrmacher,
Schneebeckstr. 2a, kein Laden.

Wirkames
Hühneraugen
Mittel
in flüssiger
Form
CORNUCOLL
HOF-APOTHEKE
BREITENWEG 15C

Gegen
Würmer!
Spul- und Madenwürmer
wirksames Spezialmittel
für Erwachsene und
Kinder. 638

Hof-Apothete
Breitenweg Nr. 158
am Ulrichsbogen.

Oh!
Ein graues Haar!

20 Jahre länger
nach Gebrauch von
Expäpang I.
Das beste Haarfarbe-
mittel, weltberühmt u.
erprobt.
Karton 25.- Mk.

„Giatta“
bestes
Enthaarungsmittel.
Erfolg garantiert.
Karton 9.50 Mk.
Bel mir zu haben. 624

Haarfärben
in Kabinen
unter fachmännischer
Leitung.
Manikure
Fernruf 8352

Jungenieur oder Techniker
welcher über langjährige Erfahrung im Bau und in der Projektilierung elektrischer Niederspannungsvorstände und Transformatorenstationen verfügt, sowie ein Montage-Inspektor mit reichen Erfahrungen im Bau von Niederspannungsanlagen und Ausführung elektrischer Licht- und Kraftanlagen für Industrie und Landwirtschaft, für Akquisition und Montageleitung eines Laboratoriums, — Gefällige Angebote sind zu richten unter L. 893 an die Expedition der „Poststimme“, Magdeburg.

Ferdinand Simons
laufmännische Privatschule
— Gebet: Paul Schattner —
Victoriastr. 2 — gest. 1870 — Fernsprecher 2742
Beginn des neuen (51.) Schuljahres
Freitag den 1. April 1921. 82

Zuschneide-Kursus
Grundlicher Unterricht im Zuschneiden und Schneiden,
Nachmittags- und Abend-Kursus. 8217
Frau M. Eichel, Kaiserstrasse 46.

Blutarmut!
D- Bleichheit, Nervosität, Schwäche ist
Drophat (Eisen-Mangan-Sulphurhydrat
mit Ergotin) ein geliebtes Heil-
mittel für Jung und Alt. 637
Hof-Apothete Breitenweg 158
am Ulrichsbogen.

Zahn-Praxis
Sprechstunden:
Wochentags 8-12 Uhr vormittags, 2-6 Uhr nachmittags,
Sonntags auf vorhergehende Anmeldung. 603
Dentist Alfred Borges, Breitenweg 90.

Nachruf.
Für unser deutsches Vaterland erlitt im
Kampfe um die Erhaltung Oberstes unser
leidender Angehöriger 891
Richard Duden

einen jähen Tod. Ruchlose polnische Mörder-
hände erschlugen ihn und seinen jüngeren Bruder
auf dem Wege zur Heimfahrt von der Ab-
stimmung.
Wir verlieren in dem Dahingewesenen
einen Beamten, der uns durch seinen lauten
Charakter und sein liebenswürdiges Wesen und
Berg gewachsen war; unermüdbar selbst
und strebte, was er einer der Besten unserer Mit-
arbeiter. Gleich den Besten im Kriege hat auch
er sein Leben für sein Vaterland gelassen.
Ein ehrendes Angeben wird ihm adrett
Nicht sein!
Schneebeck, den 28. März 1921.

Die Direktion
der „Germania“ Aktien-Gesellschaft
vorm. Kgl. Preuss. Chemische Fabrik
in Schnebeck.

Nachruf.
Dies erschütternd erlitten wir die Nachricht,
dass unser Kollege
Richard Duden

bei der Wälder von seinem Heimatort, Deutsch-
Hofar D.S., den er zur Ausübung seines
Stimmrechtes für die Erhaltung Oberstes
aufgesucht hatte, von polnischen Mörderhänden
erschlagen worden ist.
Wir, die wir täglich Gelegenheiten hatten,
mit dem auf diese Art ums Leben gekommenen
zusammen zu arbeiten, verlieren in ihm einen
lieben Kollegen, dessen Pflichterfüllung und
gerades Wesen uns stets ein leuchtendes Bei-
spiel blieben sind.
Aufrecht betrauern wir seinen frühen
Hingang und werden ihm für alle Zeiten ein
bleibendes Andenken bewahren.
Schneebeck, den 28. März 1921.

Die Beamten
der „Germania“ Aktien-Gesellschaft
vorm. Kgl. Preuss. Chemische Fabrik
in Schnebeck. 891

Arbeitsmarkt
Einige tüchtige
Bauarbeiter
stellt sofort ein
Oskar Werner
Baugeschäft
Calbe a. d. S.
— Fernsprecher Nr. 407. —
Selbständiger, erst-
klassiger 8445
Damenschneider
findet dauernde und lohnende
Beschäftigung bei
J. Well, Breitenweg 21/22.

Städtisches Arbeitsamt
Vermittlungsstelle für
Hausgehilfen.
Dienstgeb. Königstr. Zimmer 48.
Gesucht werden:
1 selbständige Köche für älteres
Etablissement auswärts,
2 perfekte Hausmädchen,
4 kinderliebende Köche für Pri-
vatausbau,
13 perfekte Köchinnen,
20 ältere und jüngere Haus-
mädchen für hier und aus-
wärts,
40 Mädchen mit und ohne
Kochkenntnis zum Allein-
bleiben,
170 Mädchen für alle Arbeit.
Vermittlung kostenlos.

Gegen
unreines
Blut!
Segrega-Pillen
Hof-Apothete,
Breitenweg 158,
am Ulrichsbogen.

Geschlechts-
kranke jeder Art (Harnröhren-
leiden frisch u. spez. veraltet,
Syphilis, Mannesschwäche,
Weißfluß) wenden sich sofort
vertrauensvoll an
Dr. med. Damman's
Hollnstadt, Berlin S 100
Potsdamer Str. 123 B, Sprech-
stunden: 9-11 u. 2-4, Sonntags
10-11 Uhr. Belehrende Bro-
schüre mit tausenden freiwil-
liger Dankschreiben und Angabe be-
währter Heilmittel (ohne Queck-
silber u. andre Gifte, ohne Blau-
april 2., ohne Berührungs-) gegen
1.- Mk. diskret in verschloss.
Kuvert ohne Absender. Leiden
genau angegeben.

Wirkames
Hühneraugen
Mittel
in flüssiger
Form
CORNUCOLL
HOF-APOTHEKE
BREITENWEG 15C

Gegen
Würmer!
Spul- und Madenwürmer
wirksames Spezialmittel
für Erwachsene und
Kinder. 638

Hof-Apothete
Breitenweg Nr. 158
am Ulrichsbogen.

Oh!
Ein graues Haar!

20 Jahre länger
nach Gebrauch von
Expäpang I.
Das beste Haarfarbe-
mittel, weltberühmt u.
erprobt.
Karton 25.- Mk.

„Giatta“
bestes
Enthaarungsmittel.
Erfolg garantiert.
Karton 9.50 Mk.
Bel mir zu haben. 624

Haarfärben
in Kabinen
unter fachmännischer
Leitung.
Manikure
Fernruf 8352

Jungenieur oder Techniker
welcher über langjährige Erfahrung im Bau und in der Projektilierung elektrischer Niederspannungsvorstände und Transformatorenstationen verfügt, sowie ein Montage-Inspektor mit reichen Erfahrungen im Bau von Niederspannungsanlagen und Ausführung elektrischer Licht- und Kraftanlagen für Industrie und Landwirtschaft, für Akquisition und Montageleitung eines Laboratoriums, — Gefällige Angebote sind zu richten unter L. 893 an die Expedition der „Poststimme“, Magdeburg.

Oh!
Ein graues Haar!

20 Jahre länger
nach Gebrauch von
Expäpang I.
Das beste Haarfarbe-
mittel, weltberühmt u.
erprobt.
Karton 25.- Mk.

„Giatta“
bestes
Enthaarungsmittel.
Erfolg garantiert.
Karton 9.50 Mk.
Bel mir zu haben. 624

Raucht Bonitas!



Zum Bodensteiner

Breiteweg 168 Fernruf 2173

Nach erfolgreicher einjähriger Bewirtschaftung veranlasse ich am
Donnerstag den 31. März

ein großes Schlachtfest

Ab 8 Uhr: 864
Stichfleisch mit Niere — Frische Wurst aller Art
Spezialität: Jauerische und Knoblauchwurst } etwas gang
Paketeier — Bratwurstloch } Vorzügliches

Ausschank der beliebtesten Weibiere (hell und dunkel) der
Brauerei Bodensteiner, A.-G., Magdeburg-Neustadt
und laden dazu ein Carl Böchner.

BBB in B BBB in B

(Büchners Bunte Bühne im Bodensteiner, I. Etage).
Gleichfalls Donnerstag, 31. März, abends 8 Uhr:

Große Fest- und Saisonschluss-Vorstellung.

Ehrenabend für Herrn Willi Arnfeld
Humorist und Aufseher
unter Mitwirkung hinzugezogener neuer Kräfte.
Die Künstler werden bestrebt sein, die Saison durch einen gemächlichen
Abend würdig abzuschließen.
Die Direktion. Carl Böchner.

Kammer- Lichtspiele

Sadja Gezza Heinrich Schroth

Yoshimura

Die Liebestadt der Japaner
Ein Liebesdrama in 5 Akten.

Hyänen auf dem Schlachtfeld des Lebens

Die Apachen von Paris
Sensationsabenteuer in 5 Akten. 109

In den Hauptrollen:
Margarete Keff Karl Falkenberg
Julius Fruchs.

Beginn der Vorstellungen:
Wochentags 3, Sonntag 3 1/2 Uhr.

Die „Lichtspiele“ schreibt gelegentlich der Aufführung des Films
„Der Graf von Cagliostro“ über denselben und den Regisseur Reinhold Schünzel.



... Der Regisseur hat seine Sache vortrefflich gemacht. Er packt das
Publikum von Anfang an fest und läßt es sich nirgends mehr entfallen.
Regietechnische Aufgaben sind mit vollendeter Virtuosität gelöst, man denkt
an die Verfolgung auf der Wendeltreppe, den Kampf während des Hofballer,
die brillanten Possen beim Einzug, die Auffahrt zum Hofballer usw.
Schünzels Verdienst ist es, die herrlichen Wiener, namentlich Schünzels
in photographisch vollendeter Wiedergabe in den Diensten seines Films gestellt
und damit den Tausenden Kinobesuchern in aller Welt zugänglich gemacht zu
haben. Dabei hat er sich nicht auf landschaftliche und architektonische Schön-
heiten beschränkt, sondern auch die Prunkgemächer im Innern des Kaiser-
schlosses statt gefellter Kletter-Decorationen verwendet. Dieses Milieu erzeugt
zusammen mit der bis ins kleinste durchgeführten kulturgeschichtlichen Arbeit
der Kostüme usw. eine aufwändige Illusion vom Zeitalter des Abenteuerers
Grafen Cagliostro. Ein wertvoller Kulturfilm, ein stichiger Publikumserfolg.
Mit diesem Film

morgen, Donnerstag, nachm. 5.30 Uhr
Wiedereröffnung der

Zirkus-Lichtspiele



Fürsten-Kaffee

mit Winter-Palmengarten!

Große Diederichs-Strasse 12.
Nachmittags u. abends:
KUNSTLER-KONZERTE 842

Reichhaltiges Konditorei-Büfett! Erfrischungen aller Art!

CIRCUS BUSCH

Im Circus-Blumenfeld-Gebäude.
7 1/2 Uhr letzter Tag!
Das große Vorprogramm
8 Uhr 50 letzter Tag!
Meisterringer-Wettstreit

Es ringen um den 1. und 2. Preis:
Weltmeister
Heinr. Weber gegen Hans Schwarz
(Ablin) (München)

Ferner der
große Entscheidungstampf:
Gerigkoff gegen Nawlozek
Europameister (Sibirien) (Schweiz)

Nach Beendigung der Kämpfe
Verteilung der Sieger, Preisverteilung

ZENTRAL- THEATER

Täglich 7 Uhr
Der Operetten-
Schlager
Das
Hollandweibchen 103

Erste Besetzung,
glänz. Ausstattung!

Zentraltheater-
Restaurant
Bunte Bühne

Nur noch 2 Tage!
Das März-Schlager-
Programm!
Hans Willi Kessal
Ludwig Eitmann
2 Paribara-Dressis
Ferry-Duett
Charleia
— Anfang 8 Uhr. —

Operntexte
empfehlen
Buchhandl. Volksstimme.

Heute sowie jeden Mittwoch
von abends 8 Uhr an 841

Großer öffentlicher Ball

Gesellschaftshaus Stadt Loburg.
Lichtschauhaus
Panorama 100

Der Mann ohne Namen

8 Teile — 30 Akte
2. Teil
Der Kaiser der Sahara
Hermann Picha Ebba Holm
Olaf Storm Walli Kosh
in
Zwei Goldfische
Aufspiel in 3 Akten.

Anfang wochentags 3 Uhr, Sonntags 3 1/2 Uhr.
Ende gegen 11 Uhr.
Jeden Sonntag von 11 bis 1 Uhr
Grosse Fröhvorstellung

Kasino-Theater
Große Junkersstraße 12.
Damen-Ringkämpfe
Heute 844
2 große Entscheidung-Kämpfe.

Café Royal Künstlerspiele
Brahmweg 84 Täglich ab 4 Uhr Brahmweg 84
Damen-Kaffeekränzchen
mit Kabarett-Einlagen bei freiem Eintritt.
Abends ab 8 Uhr
Das gediegene März-Kabarett-Programm.
— Kapelle Rudolf Wach. — 863

Fürstenhof-
Prunksaal
Nur noch bis einschl.
Donnerstag 7 Uhr:
Die
Variété-
Attraktionen
Ab Freitag:
Ein gänzlich
neues
Riesen-
programm!

Städtische Theater.
Mittwoch den 30. März
Stadt-Theater.
7. Anrechabend
Die verfunken Glöck.
Witthelm-Theater.
Vorstellung für den Bund der
technischen Angestellten
Ein 5. Uhr-See
Tanzspiel von Gerst Seidmayer,
Musik von Albert Rattausch.
Darauf
Das Fest der Hand-
werker
tomisches Gemälde aus dem
Volksleben von A. Angely.
Anfang 7 1/2 Uhr

Reichhalt. fr. Mittags-
u. Abendessen à 2,25 Mk.
Café und Logierhaus Alte
Post, Schwertfegerstr. 22/7811
Stephanshallen
Magdeburger Familien-Theater.
Jeden Abend
Zwei Ginatter
begeistert und doch zum Lachen.
Außerdem: 1867
7 erstklassige Solisten!

Walhalla Lichtspiele

Nur noch bis einschl. Donnerstag
Rheinzauber
Film-Singspiel in 4 Akten von Carlo Emerich,
mit Gesängen von Schumann, Schubert, Piffel.
Was dimant und alten Volkstümern unter persön-
licher Mitwirkung von Kammerjäger Peter
Lorch und Margarete Jordan vom Stadt-
theater in Koblenz. Kapellmeister Zanotte vom
Stadttheater in Kiel.



Außerdem:
Die Tochter
der Straße
Drama in 5 Akten. — In der Hauptrolle
Maria Wiedal. 862

Spielzeit: Wochentags von 6 bis 10 1/2 Uhr.
Sonntags von 3 bis 10 1/2 Uhr.

Probst Koburger Hofbräu
Saal
Magdeburg, Berliner Straße 30/31.
Jeden Mittwoch und Sonntag

Der Tanz der Neuzeit
Mittwochs halbe Eintrittspreise.

National-Festsäle.
Am 31. März beginnen die früher so beliebten
Donnerstags-Familien-Konzerte
ausgeführt vom gesamten
Philharmonischen Orchester, Leitung Kapellmstr. Paul Arndt
Anfang 7 1/2 Uhr. 864 Eintritt 1.50 Mk.
Gemusikalische Abende versprechend laden ergebenst ein
Kapellmeister P. Arndt.

UT Gr.Storchstr. UT Buckau. UT

Koffenöffnung 1/2 Uhr. Letzte Vorstellung 1/2 Uhr. Koffenöffnung 1/2 Uhr.
Erstaufführung
des sensationellsten Original-
Wildwest-Films
Der Todes-
Cowboy
spannende Reiterkämpfe und
5 Akte Kämpfe 5 Akte
Dazu:
Diesengende Hand
ergreifendes Liebesdrama, 4 Akte.
Voranzeige
Ab Freitag den 1. bis 4. April:
Falschspieler
unter Mitwirkung der Berliner Kriminal-
polizei (technische Leitung der bekannte
Kriminalkommissar von Monteffelt).
Zeit spruch: Darum lernt die Gefahr
kennen!
Was dem Inhalt: Spielstunden — Der
Blankschied — In knappen Händen
— Gezeichnete Karten — Erbs der
Falschspieler — Keine Karte, keine
Ganz — Opfer des Spielers —
Blutige Kämpfe mit Falschspielern —
Abdacht — Von Stufe zu Stufe.

Ab Freitag den 1. bis 4. April:
Geelenberkäufer
erschütternde Ergebnisse einer vertrieben-
ten Deutschermission in den dunkeln
Wäldern Neuwerks.
Ein Großfilm, der die besten Pro-
bleme der menschlichen Gesellschaft in
ihren ganzen Furchbarkeit in sieben
spannenden Bildern entrollt.
Der Film war 9 Monate lang von der
deutschen Staatsanwaltschaft beschlag-
nahmt und ist erst dann in einer auf-
sehenregenden Gerichtsverhandlung
freigegeben worden.